Morgen-Ausgabe
Nr. 481 A235 49. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

MITTWOCH
12. Oktober

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts ..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Reichsregierung erklärt:

Erklärungen des Exkronprinzen sind reine Phantasieprodukte

Der „Vorwärts" hat gestern abend von den Umtrieben des Exkronprinzen berichtet, der die Behauptung verbreitet, er werde in absehbarer Zeit im Einverständnis mit der Reichsregierung vom Reichspräsidenten zum Reichsverweser ernannt werden, während gleichzeitig die Wittelsbacher ein Donaukönigreich errichten würden. Zu dieser absolut verbürgten Mitteilung erläßt nun die Reichsregierung folgende Erklärung:

Die Reichsregierung stellt zu den im „Vorwärts" Nr. 480 vom 11. Oktober unter der Ueberschrift „Umtriebe des Kronprinzen" veröffentlichten Gerüchten über eine angebliche Einsetzung des früheren Kronprinzen zum Reichsverweser und die daran geknüpften Kombinationen fest, daß es sich hierbei um ein reines Phantasieprodukt handelt.

Zweifellos sind der Reichsregierung die Aeußerungen, die der Exkronprinz nicht nur einmal, sondern wiederholt getan hat, ebensogut bekannt wie uns. Man muß daher annehmen, daß sie die Behauptungen dieses Herrn, die sich auf sie und den Reichspräsidenten beziehen, für „ein reines Phantasieprodukt" erklären will. Sie bestreitet für sich und den Reichspräsidenten das Einverständnis mit den exkronprinzlichen Reichsverweserplänen. Sie bestreitet nicht und kann nicht bestreiten, daß der Exkronprinz für solche Pläne Propaganda macht.

Die Reichsregierung ist daher sehr im Irrtum, wenn sie glaubt, durch ein amtliches Dementi ihre Pflicht erfüllt zu haben. Diese Regierung der deutschen Republik hat wiederholt durch einzelne ihrer Mitglieder ihre monarchistische Ueberzeugung bekundet. Mitglieder der Reichsregierung unterhalten auch zum Exkronprinzen enge Beziehungen. Noch am letzten Sonntag hat sich Herr v. Papen bemüht, gemeinsam mit jenem Herrn ein Stahlhelmfest zu verschönern, und er hat in jenem zweifellos monarchistisch gesinnten Kreis den vieldeutigen Ausspruch getan, der Stahlhelm habe 13 Jahre lang für die Grundlagen des neuen Reiches gekämpft, er solle nicht umsonst gekämpft haben. Wenn also der Exkronprinz der Meinung ist, bei der Verfolgung seiner hochverräterischen Absichten mit der Regierung einig zu sein, so ist die Reichsregierung an der Entstehung dieses von ihr als „Phantasieprodukt" bezeichneten Mißverständnisses keineswegs unschuldig. Die Regierung trägt die volle Verantwortung dafür, wenn jetzt die monarchistische Propraganda dreister als je ihr Haupt erhebt und wenn der Exkronprinz in seiner unüberwindbaren politischen Unreife aus dem Verhalten der Minister Schlüsse zieht, zu denen ihn eine objektive Würdigung der Tatsachen vielleicht nicht berechtigen würde.

Die Reichsregierung kann auf Grund der Macht, über die sie augenblicklich verfügt, mancherlei verlangen. Aber daß die republikanisch gesinnten Volkskreise sie als die berufene Hüterin der Republik betrachten, daß kann sie nicht verlangen. In den Massen gärt das Mißtrauen. Es wächst aber auch der Wille, die Republik zu verteidigen gegen jedermann, wer es auch sei!

Für Weimar!

Von Anton Erkelenz

Vor 125 Jahren wurde das Edikt zur Aufhebung der Leibeigenschaft in Preußen erlassen. Heute wollen gewisse Herrenschichten die Gestaltung der politischen Machtverhältnisse gern wieder um hundert Jahre rückwärts revidieren, möchten am liebsten die Leibeigenschaft wieder einführen. Fast noch schlimmer ist es, daß einige Millionen Menschen bereit sind, auf ihre Rechte und Freiheiten zu verzichten, vielleicht auch bereit wären, wieder in die Leibeigenschaft zurückzukehren ...

Das Ziel der Reaktion von heute ist es zunächst, die formale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer zu beseitigen, die einseitige Vorherrschaft von „Besitz und Bildung" (ein schöner nationalliberaler Begriff aus der Vorkriegszeit) wieder herzustellen. Die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufene Not und Verwirrung wird dazu ebenso skrupellos benutzt wie die geistige Verwirrung, die durch Hitler und einige andere Krisengewinnler veranlaßt wurde.

Die Weimarer Verfassung war uns nie Selbstzweck, nie Ziel an sich. Sie war uns eine wertvolle Errungenschaft, weil sie endlich die Vorherrschaft des Junkertums und seiner intellektuellen Schleppenträger zerbrach. Sie machte aus Untertanen Bürger, aus Stimmvieh Mitbestimmende, aus Objekten Subjekte. Sie konnte die auf der Wirtschaftsordnung fußende Ausbeutung der unteren Volksschichten nicht beseitigen. Aber sie sollte die aus der politischen Vorherrschaft, aus dem Restfeudalismus entstehende Ausbeutung aufheben. Das wirkt nicht nur zugunsten der Arbeitnehmer, sondern aller Schichten, die nicht Sondergewinne, Differentialrenten erhalten infolge der politischen Uebermacht einzelner Schichten. Feudalistische Vorrechte, Bodenmonopol, Monopole an Naturschätzen, zollpolitische Monopole, Bevorzugung in der Verwaltung usw. sind die Quellen solcher finanziellen oder gesellschaftlichen Sondergewinne.

So unvollkommen dieser Grundgedanke der Weimarer Verfassung sich auch in der Praxis ausgewirkt hat, er war stark genug, den vereinten Haß aller Reaktionäre gegen dieses Verfassungswerk und seinen Träger, den „Marxismus" von Wels bis Brüning hervorzurufen. Die Verfassung enthält einige Ansätze zur Weiterentwicklung desjenigen Teiles der Gesellschaft, die Wirtschaft heißt. Das war der besondere Beitrag der Sozialdemokratie zum Werk von Weimar. Die Wirklichkeit hat längst viel schwerere Eingriffe in das Wirtschaftsgefüge gebracht. Gerade deshalb aber werden die verfassungsrechtlichen Bestimmungen dieser Art gehaßt. Die Subventionen, die Staatsunterstützungen, die Milliardengeschenke sollen bleiben, aber mit Stumpf und Stiel soll jeder Gedanke erschlagen werden, daraus wirtschaftspolitische Folgerungen zu ziehen. Jeder Arbeiter, jede Witwe soll ihr Scherflein zu den Milliardenliebesgaben beisteuern, aber niemand soll ein Recht daraus ableiten. Zahlen und Maulhalten war von jeher der Inhalt des Machtwillens der Reaktion.

Praktisch hat man die Weimarer Verfassung in vielen Teilen außer Kurs gesetzt. Eine liebedienerische Wissenschaft hat die Gründe geliefert, die alle Dunkelmänner zur Bedeckung ihrer Blöße gebrauchen. Das Gefühl für Recht, die Rechtssicherheit, Freiheit der Person, Meinungsfreiheit, Pressefreiheit sind beseitigt. Unter dem Schein der Legitimität geschehen rechts- und verfassungswidrige Eingriffe, die, außer in Halbasien, nicht mehr als möglich angesehen werden. Seit den Tagen des Feudalismus sind die

Gömbös, ganz verändert

Reineke predigt den Hühnern

Budapest, 11. Oktober.

Das neue Kabinett Gömbös stellte sich heute dem Parlament vor. Gömbös erklärte, die Sozialdemokraten müßten ihre Auffassungen revidieren, Ausgleich zwischen Arbeitern und Kapital sei notwendig, aber die Krise sei durch die Unersättlichkeit des Kapitalismus und die erstrebte Autarkie einzelner Staaten mit verschuldet.

Nach einer Verbeugung vor Briands Paneuropa sprach Gömbös für Revision der Friedensverträge im Geiste der Gleichberechtigung. Ungarn verlange aber keine Aufrüstung und treibe keine Kriegspolitik. Mit Deutschland und Oesterreich habe Ungarn immer gut gestanden, und es sei zu hoffen, daß vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen geschaffen werden könnten. Gegenüber den Nachbarn verkünde er nicht Kampf, sondern Frieden und den Wunsch, daß man Ungarns Existenznotwendigkeiten erkenne. In der Innenpolitik habe er seinen Standpunkt gegenüber den Juden revidiert. Juden, die eine Schicksalsgemeinschaft mit der Nation empfänden, betrachte er als Brüder, wie alle übrigen Ungarn. In der Nationalitätenfrage billige er die Duldsamkeit. Diktatorische Neigungen seien ihm fern. Er erstrebe ein geheimes Wahlrecht, Vereinfachung der Steuern und eine Revision des Kapitalismus, allerdings ohne radikale Maßnahmen, die zur Inflation führen könnten.

Ausklang in Prag

Nächster Jugendkongreß Hamburg 1934

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Prag, 11. Oktober.

In der heutigen Schlußtagung des Internationalen Sozialistischen Jugendkongresses in Prag wurde die Debatte über die gestrigen Referate über den Kampf um Frieden abgeschlossen und dann folgte das Referat des Genossen Kümmel-Wien über „Arbeiterjugend und Wirtschaftskrise". Nach der Aussprache über diesen Punkt wurde einstimmig eine Reihe von Entschlüssen gefaßt, darunter folgender:

„Der Kongreß begrüßt mit lebhafter Genugtuung die Absicht der Sozialistischen Arbeiterinternationale, in einer eigenen internationalen Konferenz die Frage der Methoden des Kampfes der internationalen Arbeiterklasse zu erörtern und hofft, daß diese Konferenz einheitliche internationale Richtlinien aufstellen wird, die für die Aktion des sozialistischen Proletriats im Falle, daß der Krieg trotz aller Bemühungen dennoch ausbrechen sollte, bindende Kraft haben sollen."

Ferner wurde beschlossen, den nächsten Internationalen Jugendtag im Jahre 1934 in Hamburg abzuhalten. Die Wahl des Büros ergab den holländischen Genossen Vorrinck als Vorsitzenden, Wallensheim-Schweden als zweiten und Aubry-Belgien als dritten Vorsitzenden. Als Beisitzer wurden gewählt Kafal vom tschechischen Verband und Kanitz-Oesterreich. Als Sekretär der Internationale verblieb Ollenhauer-Berlin. Der neue Vorsitzende Vorrinck wies in einer Ansprache auf die Verdienste der aus dem Büro ausscheidenden Genossen Heinz-Wien, Paul-Prag und Hansen-Dänemark hin. Dann schloß der Vorsitzende des Kongresses, Heinz, die Tagung.

Die Reichsliste

der Sozialdemokratischen Partei

Die vom Parteiausschuß eingesetzte Kommission hat folgende Kandidaten für die Reichstagswahl am 6. November festgesetzt:

1. Wels, 2. Crispien, 3. Vogel, 4. Breitscheid, 5. Hilferding, 6. Juchacz, 7. Landsberg, 8. Dittmann, 9. Graßmann, 10. Stampfer, 11. Marum, 12. Scheffel, 13. Tarnow, 14. Völter, 15. Seppel, 16. Pfülf, 17. Bernhard, 18. Stelling, 19. Stücklen, 20. Gellert, 21. Polenske, 22. Sievers, 23. Simon, 24. Pfändner, 25. Karl, 26. Schiff, 27. Schwerdfeger, 28. Schiffgens, 29. Horlacher.

Stalins Parteiguillotine

20 Ausschlüsse verkündet — Was geht in Moskau wieder vor?

Moskau, 11. Oktober.

Auf Beschluß des Präsidiums der Zentralkommission der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 9. Oktober wurden aus der Partei 20 Mitglieder und Helfershelfer der konterrevolutionären Gruppe des früher aus der Partei ausgeschlossenen Rutin ausgeschlossen. Die Gemaßregelten hatten versucht, auf illegalem Wege eine bourgeoise Kulakenorganisation zur Wiederherstellung des Kapitalismus, insbesondere des Kulakentums, in der Sowjetunion zu schaffen. Unter den Ausgeschlossenen, von denen die meisten bereits früher wegen oppositioneller, parteifeindlicher Tätigkeit einmal ausgeschlossen waren, befinden sich Galkin, ein früheres Mitglied der Gruppe rechter Opportunisten, Slepkow, der früher zweimal als Rechtsopportunist aus der Partei ausgeschlossen worden war, Marezki, der wegen Rechtsopportunismus und Praichny, der wegen trotzkistischer Tätigkeit aus der Partei ausgeschlossen war,

ferner Sinowjew und Kamenew,

die früheren Organisatoren eines partei- und sowjetfeindlichen Blocks, die seinerzeit aus der Partei ausgeschlossen und erst nach ihrer Erklärung auf dem 5. Parteitag, daß sie voll und ganz „ihren Willen und ihre Ansichten der Partei unterordnen", wieder aufgenommen worden waren. Die beiden Letztgenannten wußten von der Existenz der konterrevolutionären Gruppe und erhielten ihre Dokumente, teilten jedoch der Partei nichts darüber mit, wodurch sie die Tätigkeit der Gruppe förderten.

Außerdem wurden aus der Partei ausgeschlossen, jedoch unter Zuerkennung des Rechts, nach Ablauf eines Jahres die Revision dieses Beschlusses nachzusuchen, vier Personen, darunter ein ehemaliger Teilnehmer der linksopportunistischen Opposition, und Uglanow, ein ehemaliger Teilnehmer der Rechtsopposition.

*

Nach weiteren Meldungen aus Moskau nannte sich die Gruppe der Ausgeschlossenen „Sowjetblock". Sie forderte den Rücktritt Stalins und der anderen Parteiführer, deren Politik das Land ins Verderben stürze.

Schwindler Daubmann

Der falsche „letzte" Kriegsgefangene

Freiburg, 11. Oktober.

Aus zuverlässiger Quelle verlautet, daß der angebliche Oskar Daubmann aus Endingen bei seinem Verhör heute abend durch Beamte des Landespolizeiamtes Karlsruhe gestanden hat, gar nicht der wirkliche Oskar Daubmann zu sein, er gab auch zu, daß seine Angaben nicht in allen Teilen auf wirklichen Erlebnissen beruhen. Der Schwindler ist heute abend verhaftet worden.

breiten Volksmassen in Stadt und Land nicht so offen und rücksichtslos zugunsten ihrer Peiniger ausgebeutet worden. Ein Lohnabzug folgt dem anderen. Die Lebenshaltung des Volkes wird in demselben Grade herabgedrückt, wie die Weimarer Verfassung angetastet wird. Eins bedingt das andere. Der Reichswehrminister betont stets, daß er als Minister vom Reichspräsidenten ernannt sei, womit offenbar eine besonders hohe „unpolitische" Verehrung für das Staatsgrundgesetz ausgedrückt werden soll. Parteipolitik soll das nicht sein.

Kann man sich da wundern, daß dieser Rückfall in den frühmittelalterlichen Geist nicht nur zur geistigen, politischen, wirtschaftlichen Isolierung Deutschlands führt, sondern daß diese Isolierung geradezu als ein Ideal gepriesen wird? Geistige Autarkie, wirtschaftliche Autarkie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie, wenn sie sich in das Gewand der „Deutschbewußtheit" kleiden. Wie kann Geistesschwäche deutsch sein, zumal ja doch am deutschen Wesen die Welt genesen soll? In allen zivilisierten Ländern der Erde hat man nicht nur stets und unter allen Umständen Respekt und Hochachtung vor dem Grundgesetz des Staates, sondern auch vor dem Selbstbestimmungsrecht des Bürgers, der Freiheit des Bürgers. In Deutschland gibt es einen Vizepräsidenten des Reichstags, einen Richter, der in öffentlicher Versammlung etwa erklärt: „Ohne Verfassungsbruch geht es nicht. Papen wird ihn schon machen. Wir können ihm vertrauen." Und es erhebt sich kein Sturm der Entrüstung von links und rechts, kein Sturm bei den Hütern des Rechts, kein Sturm unter den Gebildeten. Kein entrüsteter Widerspruch wird in der Wilhelmstraße 78 laut. Wo das Rechtsbewußtsein so erschüttert ist wie in Deutschland seit dem 20. Juli, da fehlt der Begriff für das Recht überhaupt.

In allen großen Aufgaben der Zeit hat die Sozialdemokratie eine Hauptaufgabe: den Kampf für die großen Grundsätze der Weimarer Verfassung. Die Sozialdemokratie ist gezwungen, die Aufgaben zu erfüllen, die die bürgerliche Gesellschaft für sich nicht gelöst hat. Es ist zugleich ein Kampf um den gesellschaftlichen Fortschritt gegen Ausbeutung und Verelendung. Es ist ein Kampf um Freiheit und Recht nach außen und innen. Es ist ein Witz der Weltgeschichte, daß um 1932 ein Häuflein deutschnationaler Rückwärtsler, deren Geist aus der Zeit vor 1807 vor Freiherrn vom Stein stammt, sich als einzige Hilfsmacht einer Regierung bewegen kann. Daß das lange dauern kann, ist unwahrscheinlich. Petrefakten sind noch nie wieder lebendig geworden. Je mehr diese Leute jetzt den Geist der Zeit mißhandeln, um so sicherer und gewaltiger erhebt sich wieder eine Welle der Freiheit, des Selbstbewußtseins, der ehrlichen Deutschheit. Der Träger dieser Welle wird die Sozialdemokratie sein.

Titulescus Wiederkehr

Ein Gegner der Annäherung an die Sowjetunion

Der führende rumänische Politiker und Diplomat Titulescu, zuletzt seit Jahren Gesandter in London, hatte kürzlich seinen Abschied aus Protest gegen die von der rumänischen Regierung aufgenommenen direkten Verhandlungen mit der Sowjetunion, die namentlich von Frankreich eifrig befürwortet wurden, eingereicht.

Jetzt wird plötzlich gemeldet, daß Titulescu auf Wunsch des Königs nicht nur seinen Abschied rückgängig gemacht hat, sondern sogar als Außenminister in das Kabinett Vaida eintreten soll. Man nimmt an, daß er demnächst mit der Bildung einer neuen Regierung betraut werden soll.

Es hat den Anschein, als ob die unbedingt sowjetgegnerischen Kreise Rumäniens wieder Oberwasser gewonnen haben, die dem Abschluß eines Nichtangriffspaktes widerstreben, solange nicht Moskau die Abtretung Bessarabiens förmlich anerkennt. Allerdings würde dadurch auch eine Verstimmung zwischen Bukarest und Paris eintreten, weil Frankreich eifrig bemüht ist, solche Verträge zustande zu bringen, um Rußland endgültig von der Rapallopolitik loszulösen.

Papen in zweierlei Gestalt

Der Reichskanzler in Leipzig vertreten — der Reichskommissar nicht

Eigener Bericht des „Vorwärts"

F. Kl. **Leipzig**, 11. Oktober.

Es geschehen immer noch Wunder, wenn die aufgeklärte Neuzeit auch nichts mehr davon wissen will. Ein solches Wunder ereignete sich am Dienstag in der Sitzung des Staatsgerichtshofes. Man rufe sich in Erinnerung: Der Reichspräsident ernennt den Herrn v. Papen zum Reichskommissar für Preußen, der Reichskommissar entsetzt die beiden politischen Minister Braun und Severing ihres Amtes und enthebt die übrigen Minister ihrer Dienstgeschäfte. Er setzt gleichzeitig als seinen Stellvertreter den klerikalen Oberbürgermeister Bracht ein, der mit der „Wahrnehmung der Geschäfte des Innenministers" betraut wird. Dieser Kommissar amtiert vollkommen als Innenminister. In dieser Eigenschaft erließ er seine Zwickelverordnung, in dieser Eigenschaft hat er mit den übrigen Kommissaren die vielfachen Stellenbesetzungen verfügt, die der Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgreifen — aber plötzlich ist der Reichskommissar von der Bildfläche verschwunden!

Wie solch ein Wunder geschehen kann? Ganz einfach: der Ministerialdirektor Gottheiner erklärt, der Reichskanzler sei nur als Reichskanzler, als Führer der Reichsregierung vor dem Staatsgerichtshof vertreten, nicht aber als Kommissar für Preußen! Alles, was der Reichskommissar in Preußen tat und seine Kommissare tun ließ, unterliege nicht der Beurteilung des Staatsgerichtshofes. Das sei höchstens Gegenstand eines innerpreußischen Konflikts, nicht aber eines Konflikts zwischen Reich und Preußen. Man merkt die Absicht und wird nicht einmal verstimmt. Die Kommissare nehmen alle Rechte für sich in Anspruch, aber lehnen jede Pflicht, sich zu verantworten, ab, sei es vor dem Landtag, sei es vor dem Staatsgericht. Diese Kommission der Kommissare amtiert formell als preußische Staatsregierung. Eine Serie von Klageschriften der verfassungsmäßigen, aber am Amt verhinderten Minister richtet sich gegen den Reichskommissar und gegen seine Kommissare. Aber die Schlauheit des Herrn Gottheiner hat entdeckt, daß diese „Staatsregierung" nur eine vorübergehende sei und daß die Klagen gegen den Kommissar wegen mangelnder passiver Legitimation nicht verhandelt werden könnten. Diese Schläue ging jedoch auch dem Präsidenten des Gerichts wider den Strich. Er bemühte sich auch, aus der Praxis des Staatsgerichtshofs dem Reichsvertreter klarzulegen, daß man eine solche Trennung der Funktionen bei einer politisch so bedeutsamen Frage unmöglich zulassen könne. Denn es sei doch keineswegs wünschenswert, daß der Staatsgerichtshof nach langen Verhandlungen eine Entscheidung treffe und daß dann plötzlich erklärt werden könnte, die Entscheidung sei nicht zulässig gewesen, weil — der Reichskommissar nicht vor Gericht vertreten war! Der Appell blieb ungehört — bis zum Abend!

Und das ist das zweite Wunder: Am Abend wurde plötzlich der bisher als Zuhörer anwesende Ministerialrat Schütze aus dem preußischen Innenministerium als offizieller Vertreter des Reichskommissars für Preußen, d. h. des Reichskanzlers in seiner doppelten Eigenschaft als Reichskommissar, zugelassen. Man hat sich demnach wohl in den Ministerien gesagt, daß die arrogante Art des deutschnationalen Abgeordneten Gottheiner den Interessen der „Kommissare" nicht gerade förderlich sei.

Der Nachmittag dieses Verhandlungstages gehörte der grundsätzlichen Auseinandersetzung über die Bedeutung der Verordnung zur Einsetzung des Reichskommissars. Hier kamen zunächst Bayern und Baden zum Wort.

In den Kreis der juristischen Betrachtungen wurde schließlich auch der Artikel 48 der Reichsverfassung einbezogen, vor allem die Frage, welche Voraussetzungen für seine Anwendbarkeit gegeben sein müssen. Der anerkannt bedeutendste Kenner des Verfassungsrechts, Professor Anschütz-Heidelberg, nahm hierbei Gelegenheit, in einem großzügigen Abriß die Bedeutung des Artikels 48 und seine Voraussetzungen darzulegen. Als Kern der Darlegungen sei hervorgehoben, daß nach Meinung von Anschütz die Frage, ob eine Landesregierung etwa nicht scharf genug die Polizeigewalt angewendet habe, auf keinen Fall einen Grund zur Anwendung des Artikels 48 Absatz 1 abgeben könne. Denn die Anwendung der Polizeigewalt fließt aus dem Hoheitsrecht des Landes, nicht aus dem Pflichtenkreis im Reiche. Der Staatsgerichtshof dürfe deshalb nicht der Frage ausweichen, ob eine Pflichtverletzung des Landes Preußen als Voraussetzung der 48-Verordnung vorgelegen habe.

Als Kronjurist der Baronsregierung produzierte sich darauf wieder der Berliner Staatsrechtler Carl Schmitt, der bis aufs Mittelalter und die alten Kurfürsten zurückging, um zu beweisen, daß die Papen-Verordnung gegen Preußen zu Recht bestehe.

Ihm leuchtete in knappen aber schlagenden Darlegungen Professor Heller als Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktion heim, indem er nachwies, daß das Mittelalter, die Kurfürsten und die Zustände von 1806 gar nichts zu tun haben mit der jetzigen Frage.

Diese interessanten Auseinandersetzungen zwischen den Staatsrechtslehrern dauerten bis nach 7 Uhr abends an.

Die Staatswissenschaft für Preußen

Leipzig, 11. Oktober.

Im Verlaufe der Vormittagssitzung hatte der Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion, **Prof. Dr. Heller**, das Beweisthema für die Zeugenvernehmung folgendermaßen präzisiert:

daß von vornherein die Regierung von Papen mit der NSDAP. Abmachungen über die Beseitigung der preußischen Regierung getroffen habe. Mit der Ladung des Herrn von Gleichen und anderer maßgebender Mitglieder des Herrenklubs solle bewiesen werden, daß von einer unabhängigen und unparteiischen Regierung, die nur die Bürgerkriegssituation bekämpfen wollte, gar keine Rede sein könne, daß vielmehr sehr klare parteipolitische Abmachungen bestanden.

Er wolle selbstverständlich auch nicht behaupten, daß die Abmachungen mit der NSDAP. das alleinige Motiv für die Reichsregierung gewesen seien.

Ministerialdirektor Dr. **Badt** erklärte, daß die Beseitigung der preußischen Regierung nur der Schlußstein eines Planes sei, der seit zehn Jahren in Kreisen des Reichswehrministeriums besprochen worden sei und der auch Lieblingsplan des Generals von Schleicher war, nämlich den Dualismus Reich—Preußen mit Hilfe des Art. 48 zu beseitigen.

Der Vorsitzende **Dr. Bumke** erörtert dann eine prozessualtechnische Frage. Nach den Akten des Reichsgerichts sei in der Tat zu diesem Verfahren zwar die Reichsregierung, „zu Händen des Herrn Reichskanzlers", geladen, nicht aber besonders der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Preußen. Die Bemerkung der Vertretung der Reichsregierung, daß sie nicht den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar mit vertrete, beruhe aber wohl nicht auf dieser Nichtladung, die ja leicht nachgeholt werden könne, sondern wohl auf der grundsätzlichen Erwägung, daß der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar in diesem Verfahren nicht vertreten sein könne.

Nachdem Ministerialdirektor **Dr. Gottheiner** das kurz bestätigt hat, bittet Reichsgerichtspräsident **Dr. Bumke**, doch dieses prozessuale Hindernis zu beseitigen. Er möchte nicht riskieren, daß eines Tages eine Entscheidung ergeht, von der nicht feststehe, ob sie nicht auch gegen oder für den Reichskommissar Wirkungen habe und daß man dann sage: Wie konntet Ihr, ohne den Reichskommissar zu beteiligen, eine solche Entscheidung fällen? Er bitte daher die Vertretung des Reiches, doch in Berlin rückzufragen, ob nicht auch der Reichskommissar bei der Verhandlung als mit vertreten gelten könne.

Ministerialdirektor **Dr. Gottheiner** sagt diese Rückfrage zu und gibt dann die folgende Erklärung ab:

„Eine Vereinbarung des Reichskanzlers mit Hitler über ein Vorgehen gegen Preußen ist nicht getroffen. Verhandlungen darüber haben zwischen ihnen nicht stattgefunden. Auch die Aufhebung des Uniformverbots, die Wiederzulassung der SA.-Truppen und die Wiedergewährung sonstiger politischer Freiheiten waren nicht Gegenstand von Vereinbarungen zwischen dem Reichskanzler und Hitler, gehörten vielmehr von vornherein zum Programm der Reichsregierung, die von sich aus entschlossen war, aus Gründen der Gerechtigkeit Ausnahmebestimmungen gegen die Nationalsozialisten zu beseitigen."

Nachdem Ministerialdirektor **Dr. Brecht** noch darauf hingewiesen hat, daß der Reichskanzler nur dementieren lasse, daß er in amtlicher Eigenschaft solche Vereinbarungen abgeschlossen habe, werden die Verhandlungen durch eine Mittagspause unterbrochen.

Gayl und Severing

Zu Beginn der Nachmittagssitzung verliest **Dr. Brecht** die bereits in der Presse bekanntgegebene Erklärung des Ministers Severing gegenüber der Behauptung, daß er, Severing, beim Reichsinnenminister Frhr. v. Gayl selbst die Einsetzung eines Reichskommissars für notwendig erklärt habe.

Demgegenüber verliest Min.-Direktor **Dr. Gottheiner** folgendes Telegramm, das Reichsinnenminister v. Gayl ihm übersandt hat:

„Etwa Mitte Juni d. J. hatte ich mit Herrn Minister Severing in dessen Arbeitszimmer eine Unterredung über schwebende polizeiliche Fragen. Im Verlaufe der Unterredung brachte Minister Severing das Gespräch auf die damals in der Oeffentlichkeit umlaufenden Gerüchte über die angeblich von der Reichsregierung geplante Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen. Ueber den Umfang der Befugnisse eines solchen Reichskommissars ist dabei selbstverständlich nicht im einzelnen gesprochen worden. Es unterliegt aber nach meiner bestimmten Erinnerung keinem Zweifel, daß es sich bei dem Gespräch um die weitgehende Maßnahme der Einsetzung eines politischen Reichskommissars für Preußen handelte. Bei dem Gespräch erklärte Minister Severing, er habe sich an dem Geschrei über die angeblich bevorstehende Einsetzung eines Reichskommissars für Preußen nicht beteiligt, weil er persönlich der Ansicht sei, daß diese Maßregel sich nicht werde umgehen lassen. Im weiteren Verlauf des Gesprächs äußerte Minister Severing mit Bezug auf die Einsetzung des Reichskommissars: Warten Sie nicht mehr lange ab."

Min.-Dir. Dr. **Brecht** erklärt dazu: Die Erklärungen der Minister Severing und v. Gayl über ihre Unterhaltung wegen des Reichskommissars schienen in diametralem Gegensatz zu stehen. Da er aber von keinem der beiden annehme, daß er nicht die Wahrheit sage, müsse es da etwas geben, was aus den Erklärungen nicht ersichtlich sei. Dr. Brecht äußert die Vermutung, daß evtl. die Frage der Einsetzung eines Polizeikommissars für Norddeutschland erörtert worden sei, die aber nichts mit der Amtsentsetzung Severings zu tun haben konnte.

Reichsgerichtspräsident **Bumke** ersucht die Parteien, die beiden Ministererklärungen dem Gerichtshof zuzustellen, und fügt hinzu, wenn Severing tatsächlich der Einsetzung eines Reichskommissars mit den jetzt eingetretenen Folgen zugestimmt haben sollte, dann würde nicht ersichtlich sein, warum die Reichsstellen nicht, ehe sie am 20. Juli die Maßnahmen durchführten, mit Severing Fühlung nahmen, da es sich ja dann nur um die Erfüllung eines Wunsches von Severing gehandelt haben würde.

Im übrigen erklärt der Präsident die Erörterung der tatsächlichen Vorgänge hiermit für geschlossen.

Das Recht der Länder

Es beginnt dann die rechtliche Erörterung mit einer allgemeinen Aussprache über die Probleme, die sich aus dem Art. 48 der Reichsverfassung in Verbindung mit der bundesstaatlichen Gliederung des deutschen Reiches ergeben.

Staatsrat **Jan** erhält dann das Wort zu grundlegenden Ausführungen, wobei er u. a. erklärt: Bayern hat sich der preußischen Klage angeschlossen, weil es wünscht, daß die Fragen, über die die bayerische Regierung mit der Reichsregierung im Zusammenhang mit dem Vorgehen gegen Preußen nicht übereinkommen konnte, von dem berufenen Organ, dem Staatsgerichtshof, geklärt werden. Die Verhandlungen, die Bayern im Anschluß an die Ereignisse des 20. Juli mit der Reichsregierung geführt habe, hatten Bayern nicht befriedigen können, so daß die Klage vor dem Staatsgerichtshof notwendig geworden sei.

Der Zweck der bayerischen Klage sei, daß die Fragen, über die sich Bayern mit dem Reiche nicht habe einigen können, vom Staatsgerichtshof ein für allemal geklärt und im Interesse des befreundeten Zusammenarbeitens mit der Reichsregierung, also präventiv, entschieden werden. Bayern habe damals um Feststellungen gebeten, nicht, was auf Grund des Artikels 48 gemacht werden solle, sondern nur, was unter allen Um-

Severing gegen Gayl

Abwehr falscher Behauptungen

Genosse Carl Severing, der am Dienstagabend in zwei großen Massenkundgebungen in Bautzen in Sachsen gesprochen hat, teilt uns zu dem Telegramm des Reichsinnenministers von Gayl, das in der Sitzung des Staatsgerichtshofs verlesen wurde, mit, daß die Angaben dieses Telegramms von Anfang bis Ende unrichtig seien.

Es habe sich bei dem Besuch des Reichsinnenministers in Severings Amtsräumen vor allem um die Bitte des Freiherrn von Gayl gehandelt, den Ministerialdirektor Dr. Menzel in der preußischen Verwaltung unterzubringen. Daraufhin habe Severing erklärt, er könne eine Zusage in dieser Richtung nur geben, wenn er Klarheit über die Pläne des Reiches in der Frage der Reichsreform haben würde. In diesem Zusammenhang habe er dem Freiherrn von Gayl die Frage gestellt, was an den Gerüchten über die Einsetzung eines Reichskommissars in Preußen sei. Darauf habe er die Antwort erhalten, das sei alles noch völlig in der Schwebe.

Severing betont, daß er nach dieser Antwort Freiherrn von Gayl dringend gewarnt habe, einen derartigen Schritt gegen Preußen zu unternehmen, der der gesetzlichen Grundlage entbehre. Es sei nach der Reichstagswahl eine Situation denkbar, in der sowohl der Reichstag als auch der Preußische Landtag völlig versagten und daß gewisse Elemente dies zum Anlaß nehmen könnten, Unruhe und Unordnung zu stiften. Wenn in solcher Situation eine starke Zusammenfassung der Machtmittel von Reich und Preußen erfolge, würde die Reichsregierung eine bessere Plattform haben, als wenn sie ohne gesetzlichen Grund die Sondermaßnahmen der Einsetzung eines Reichskommissars gegen Preußen ergreifen würde.

Die beste Lösung sei dann in der Zusammenfassung der korrespondierenden Ministerien im Reich und in Preußen zu finden, wie sie im Vorjahre bereits ernsthaft erörtert worden sei.

Allgemeine Flugblattverbreitung

Alle Genossinnen und Genossen, sowie Reichsbannerkameraden, Jugend- und Sportgenossen beteiligen sich

am Sonnabend, dem 15. Oktober

von den bekannten Stellen aus. Der Bezirksvorstand.

ständen nicht gemacht werden darf, und zwar vor allem hinsichtlich des bundesstaatlichen Charakters des Reiches. Die Länder seien selbständige Staaten. Sie hätten eigene Staatsgewalt; keine abgeleitete, sondern primäre Staatsgewalt. Diese Staatsgewalt sei nur entsprechend dem Charakter des Bundesstaates gewählt, die Reichsstaatsgewalt und die Landesstaatsgewalt. Die Landesstaatsgewalt äußere sich im Selbstbestimmungsrecht der Länder auf dem eigenen Gebiet und im Mitbestimmungsrecht an der Reichsgewalt.

Staatsrat Jan erklärt dann weiter, daß nach seiner Auffassung eine Reichskommissariatsregierung keine Landesregierung sei.

In einem Lande könne nur eine Landesregierung existieren, nicht aber eine Reichskommissariatsregierung. Dementsprechend könnten auch die Länder im Reichsrat nur durch Vertreter ihrer Landesregierungen und nicht durch Vertreter von Reichskommissaren vertreten werden. Für Bayern fasse sich das Problem sowohl hinsichtlich des Absatzes 1 wie des Absatzes 2 des Artikels 48 als die Frage zusammen, wie weit der bundesstaatliche Charakter der Länder gehe und wie weit die Rechte der Länder gehen und was sich daraus ergebe.

Für die badische Regierung schloß sich Ministerialdirektor **Dr. Fecht** im wesentlichen den Ausführungen des bayerischen Vertreters über die Eigenstaatlichkeit der Länder an, die erhalten werden müsse.

Der juristische Vertreter der bayerischen Regierung, **Prof. Nawiasky**-München, behandelte sodann eingehend die Rechte und Pflichten des Reiches und die Rechte und Pflichten der Länder. Die erste Konsequenz sei, daß jedes Land Anspruch auf Achtung habe, und zwar sowohl seitens der anderen Länder als auch seitens des Reiches. Die Länder hätten im Innern das Recht auf eigene Politik. Der Vertreter der Reichsregierung habe gesagt, daß ein Landesminister keine Kritik an Handlungen von Reichsministern üben dürfe. Eine solche Verpflichtung müsse er ganz entschieden bestreiten, denn jede Landesregierung habe das Recht, Kritik an der politischen Haltung der Reichsregierung zu üben. Daran ändere sich auch nichts, wenn ein Landesminister diese Kritik übe. Es sei auch falsch, wenn Karl Schmitt ausgeführt habe, die Länder seien irgendwie verpflichtet, sich bei der Beurteilung der politischen Lage an die Richtlinien der Reichsregierung zu halten. Die Länder hätten vielmehr das Recht, die politischen Richtungen nach ihrem eigenen Ermessen zu beobachten. Weiter hätten die Länder als Staaten das Recht auf eigene Organisation und auf eigene Willensbildung. Demgemäß hätten sie auch das Recht, dem Reiche gegenüber ihren Standpunkt zu vertreten, soweit nicht ausdrücklich durch Vorschriften der Reichsverfassung etwas anderes bestimmt sei.

Ministerialdirektor **Dr. Gottheiner** erklärt Prof. Nawiasky gegenüber, er habe nicht etwa dem Landesminister das Recht der Kritik verweigern wollen, sondern nur die Form bemängelt, in der der preußische Minister Severing seine Kritik ausgesprochen habe. Die Länderminister müßten sich in einem gewissen Rahmen halten. Es sei aber untragbar, wenn ein Landesminister erkläre, „jagen wir die Reichsregierung davon!"

Der Vorsitzende teilte hierauf mit, daß Ministerialdirektor Dr. Schütze, der bisher den Verhandlungen als Zuhörer beigewohnt habe, nunmehr den Auftrag erhalten habe, den Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Reichskommissar vor dem Staatsgerichtshof zu vertreten.

Prof. **Bilfinger** von der Vertretung der Reichsregierung hebt gegenüber Prof. Nawiasky hervor, bei dem Begriff „Bundesstaat", der für das Deutsche Reich jetzt zugrunde gelegt sei, müsse die Betonung auf das Wort „Staat" liegen, nicht auf „Bund". Dem Föderalismus, den er in diesem Sinne vertreten habe, habe er niemals verlassen und danach sei auch klar, daß Art. 48 für das Reich die Möglichkeit enthalte, im Falle der Gefahr Einbuchtungen der Länderrechte vorübergehend vorzunehmen.

Anschütz über Artikel 48

Dann wird die Frage untersucht, welche Voraussetzungen gegeben sein müßten, wenn das Reich den Art. 48 Abs. 1 der Reichsverfassung anwende, d. h. die Reichsexekution gegen ein Land durchführen wolle. Der Verfassungsartikel selbst nennt als Voraussetzung, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich und den Reichsgesetzen verletzt haben müsse.

Zuerst erhält als Mitglied der preußischen Delegation das Wort der bekannte Verfassungskommentator **Prof. Anschütz**-Heidelberg. Er sagt u. a.: Es könne vielleicht versucht werden, mich jetzt auf gewisse Einzelheiten meines Verfassungskommentars festzulegen. Ich halte es aber mit dem Wort des Vorsitzenden, daß man sich nicht gegenseitig vorwerfen soll, wenn man seine Meinung geändert hat. Man kann ja zulernen, und ich habe erst jetzt gelernt, welch ein ungeheures politisches Kapitel im Art. 48 steckt. Je mehr man aber in den Artikel 48 hineinlegte, um so mehr hatte die Wissenschaft Anlaß, größeren Rechtsschutz zu verlangen. Auch ich wende mich mit Entschiedenheit gegen die gestern von Prof. Karl Schmitt aufgestellte Lehre, wonach es unter gewissen Umständen geboten sein soll, die Reichsverfassung entsprechend der politischen Situation — „situationsgemäß" — auszulegen.

Unter keinen Umständen würde ich als Vertreter der Staatswissenschaft verantworten können, die Meinung zu vertreten, daß politische Bedürfnisse und Situationen irgendwie maßgebend sein sollen und dürfen für die Auslegung der Verfassung von Weimar. Die Weimarer Verfassung ist nicht so auszulegen, wie die jeweilige politische Situation es fordere, sondern wie sie gemeint ist und dabei wird man gelegentlich nicht darum herumkommen, nachzuprüfen, wie die Väter der Verfassung sie gemeint haben.

Zu Art. 48 Abs. 1 betont Anschütz, daß dabei zu beachten seien die Voraussetzungen, das äußerliche Verfahren und die Exekutionen und ihre Grenzen, jetzt wolle er aber nur auf die Voraussetzungen und über das Verfahren sprechen. Voraussetzung sei, daß das betreffende Land seine Pflicht gegenüber dem Reich bzw. den Reichsgesetzen verletzt habe, wobei es nicht immer nur auf das geschriebene Reichsrecht ankommen müsse. Die bloße Tatsache der Heterogenität der inneren Politik eines Landes zu der des Reiches, so fährt Anschütz fort, kann niemals den Tatbestand der Pflichtverletzung aus Art. 48 Abs. 1 erfüllen.

Wir sind nun einmal Bundesstaat und haben damit das Selbstbestimmungsrecht der Länder. Das ist von der Reichsverfassung stillschweigend gewollt. Wenn ich auch einig bin mit Prof. Bilfinger, daß der Länderparlamentarismus häufig zu Mißbräuchen geführt hat, so will doch die Reichsverfassung nicht nur den Bundesstaat, sondern die parlamentarische Demokratie. Damit muß sie auch gewisse Schattenseiten dieser Institution wollen. Wenn die Schattenseiten aktuell werden, darf man nicht sagen, daß das eine Widersetzlichkeit sei, die die Reichsexekution erfordere. So handele es sich bei der angeblichen Schlechterbehandlung der Nationalsozialisten gegenüber den Kommunisten in Preußen. Um nichts anderes als die Ausübung der Polizeigewalt. Polizeigewalt sei aber Gegenstand der Landeshoheit und nicht der Reichshoheit.

Wenn ein Land von den Polizeibefugnissen nicht genügend Gebrauch gemacht habe, dann liege keine Pflichtverletzung gegenüber dem Reich vor. Die Gegenseite könne einwenden, daß bei zu schlaffer Polizeigewalt die öffentliche Ordnung gefährdet werde. In einem solchen Falle käme allerdings Art. 48 Abs. 2 in Betracht. Dann könne man also die Diktatur erwägen, nicht aber die Reichsexekution.

Entscheidend sei nun, ob der Gerichtshof der Frage ausweichen könne, ob die Feststellung der Pflichtverletzung eines Landes nicht eine Ermessensfrage des Reichspräsidenten sei, die der Nachprüfung durch den Staatsgerichtshof entzogen wäre. Sollte diese Frage auftauchen, dann erkläre er:

der Staatsgerichtshof kann und darf die Entscheidung und Beantwortung über die konkrete Frage, ob im vorliegenden Falle das Land Preußen sich einer Verletzung der ihm nach der Reichsverfassung obliegenden Pflichten habe zuschulden kommen lassen, nicht ausweichen.

Eine Ermessensfrage kann vielleicht vorliegen bei Abs. 2, wo die erhebliche Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung erwähnt wird. Abs. 1 aber verlangt, daß reichliche Tatsachen die Pflichtverletzung des Landes erweisen. In diesem Falle ist das Land Preußen mit der Reichsexekution geradezu überfallen worden. Ich möchte nicht soweit gehen zu betonen, daß eine vorherige Mängelrüge für die Reichsexekution notwendig sei; wie man das nennen will, ist gleichgültig. Aus dem Wesen des Rechtsinstruments der Reichsexekution ergibt sich jedenfalls als notwendig, daß in irgendeiner Form unter Belassung einer, wenn auch noch so kurzen Erklärungsfrist, dem betreffenden Lande die Mitteilung gemacht wird, daß die Reichsregierung gegen die Landesregierung einschreiten wolle, und daß das Land Gelegenheit erhalte, zu erklären, ob die behaupteten Verfehlungen richtig seien. Die Exekution sei eine Zwangsvollstreckung, und Zwangsvollstreckungen erforderten den vollstreckbaren Titel. Der könne aber nur darin liegen, daß irgendwie festgestellt wird: hier liegt eine Pflichtverletzung vor, und das betreffende Land weigert sich, den gerügten Zuständen abzuhelfen.

In der Tatsache, daß gegen Preußen ohne vorherige Mitteilung vorgegangen sei, liege ein so erheblicher Verfahrensmangel, daß daraus der Gerichtshof zur Zurückweisung der Verordnung kommen müßte.

Auf Befragen durch den Vorsitzenden äußert sich Professor Anschütz noch dahin, daß er die Frage nicht eingehend studiert habe, was als Pflichtverletzung eines Landes im Sinne von Artikel 48 Absatz 1 bzw. was als subjektives Verschulden aufzufassen sei. Nach seinen Ueberlegungen müsse aber jedenfalls irgendein subjektives Verschulden festgestellt worden sein und außerdem eine objektive Verletzung der Reichsgesetze. Die bloße Gegensätzlichkeit der Landespolitik gegenüber dem Reich oder die Störung der öffentlichen Ordnung genügte nicht für die Exekution.

Geschichtliche Abschweifungen

Professor Dr. Carl Schmitt stellt in seiner Erwiderung gegenüber Anschütz zunächst fest, daß Artikel 48 Absatz 1 das Wort „Exekution" nicht gebrauche. Er spreche lediglich vom „Anhalten zur Pflicht". Es handle sich also um eine Zwangsbefugnis des Reiches gegenüber einem Lande, das seine Pflichten nicht erfülle. Daß diese eigenartige Befugnis des Reichspräsidenten als Exekution bezeichnet werde, beruhe auf einer interessanten geschichtlichen Entwicklung. Die geltende Reichsverfassung habe bewußt an dieser Stelle die Zwangsbefugnis des Reichspräsidenten so stark wie möglich zu gestalten gesucht und das Prinzip des Schutzes gegen die Exekution zurückgestellt, um ein rascheres und wirksameres Eingreifen des Reichspräsidenten zu ermöglichen, wie es in der Situation des Sommers 1919 mit ihren Gefahren für die Reichseinheit erforderlich war. Die beiden Absätze des Artikels 48 seien nicht zu trennen. Exekution und Ausnahmezustand könnten kaum unterschieden werden. Auch in der schweizerischen Bundesverfassung sei, wenn es zu einem Einschreiten des Bundes komme, bei den ineinanderfließenden Voraussetzungen nicht mehr zu unterscheiden, ob eine Exekution oder eine Intervention erfolgt sei. Eine unvermeidliche Konsequenz des Rechts auf eigene Politik der Einzelstaaten würde es sein, daß grundsätzlich der Bund nur auf Anrufen des Einzelstaates vorgehen könne. Dieser Grundsatz sei im alten deutschen Bund ganz bewußt durchgeführt worden. Dann aber habe sich der Gedanke des Rechtsschutzes geändert. Für die Gesamtrichtung der geschichtlichen Entwicklung des Rechtsinstituts scheine entscheidend zu sein, daß schon die Bismarcksche Verfassung von 1871 einmal das Recht der Exekution dem Bundesrat gibt und die Durchführung des Belagerungszustandes dem Bundesfeldherrn überträgt.

Professor **Heller** erklärte sodann, daß das heutige deutsche Recht mit dem früheren deutschen Recht überhaupt keine Vergleichsgrundlage habe.

In der nächsten Sitzung am Mittwoch werden die Vertreter des Reiches nochmals das Wort zu diesen Fragen nehmen.

Die Beweisführung

Gottheiner: „Severing war für die Einsetzung eines Reichskommissars — Braun war mit seiner Absetzung sehr zufrieden . . ." (beiseite): „der Sack ist leer, schicken Sie mal ins deutschnationale Parteibüro nach einem weiteren Sack voll Wahl—material."

Otto Braun wehrt sich

Ein Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten

Der preußische Ministerpräsident Otto Braun hat am Dienstag, veranlaßt durch die verlogenen Behauptungen des deutschnationalen Ministerialdirektors Gottheiner vor dem Staatsgerichtshof, folgendes Schreiben an den Reichsgerichtspräsidenten gerichtet:

„Berlin-Zehlendorf, 11. Okt. 1932.

Aus Zeitungsberichten über die Verhandlung der Verfassungsstreitsache Preußen gegen das Reich ersehe ich, daß in der Verhandlung am 10. dieses Monats der Vertreter des Reiches, Ministerialdirektor Gottheiner, in bezug auf meine Person die Behauptung aufgestellt hat, ich hätte auf die Gewährung der vollen Bezüge sehr großen Wert gelegt, mich bald nach der Enthebung vom Amt nach dieser Frage erkundigt und mich sehr befriedigt erklärt als mir die Antwort wurde, daß ich meine Bezüge weiter erhalten würde.

Diese Behauptung entspricht nicht der Wahrheit. Ich habe mich niemals beim Reichskommissar oder bei der Reichsregierung wegen der Weiterzahlung meiner vollen Bezüge erkundigt oder darum ersucht. Auch habe ich niemals meine Befriedigung über die erfolgte Regelung geäußert. Im Gegenteil finde ich es höchst unbefriedigend, auf die Dauer für mich geradezu unerträglich, daß ich meine vollen Bezüge als Ministerpräsident beziehe, aber von der Reichsregierung gewaltsam gehindert werde, meine Amtsgeschäfte wahrzunehmen.

gez. Braun, preußischer Ministerpräsident."

Damit ist der Versuch, Wahlagitationsmaterial gegen Otto Braun vor dem Reichsgerichtshof zu schaffen, gerichtet.

Nazi-Paradiese

Eine Abrechnung mit der Hakenkreuzlüge

Keine Ausrede mehr! Immer noch operieren die Nazis mit der Ausrede, sie seien zwar die stärkste Partei, aber die bösen Gegner ließen sie nicht an die Macht. Deshalb hätten sie noch nicht zeigen können, was sie zu leisten imstande seien. Ihr Programm sei so vorzüglich und ihre Führer so tüchtig, daß sie das Dritte Reich zum Paradies ausgestalten würden. Die Ausrede ist vorbei! Es gibt jetzt schon eine Reihe „Nazi-Paradiese".

In einer eben erschienenen Broschüre sind sie einmal etwas genauer betrachtet und Berichte aus zehn Nazi-Paradiesen veröffentlicht worden. Albersdorf, Erfde, Kehl, Theuern, Schmiedeberg, Maichingen, Koburg, Braunschweig, Mecklenburg und Thüringen sind nur eine bescheidene Auswahl. Hier aber sind die Nazis an der Macht, hier regieren sie. Und nirgends sind die paradiesischen Zustände eingetreten. Ueberall haben die Nazis nicht nur völlig versagt (das wäre noch erträglich), sie haben bewußt oder aus völliger Unfähigkeit zur Katastrophe getrieben. Fürchterlich ist die Regierungswirtschaft in diesen Nazi-Paradiesen. Jeder Bericht ist eine Anklage gegen die Nazi-Partei und eine Warnung, Deutschland nicht diesen Katastrophenpolitikern auszuliefern. Hier ist das Material zusammengetragen, das erfolgreich gegen die Nazi-Pest zu gebrauchen ist.

Programm und Praxis, das ist der böseste Punkt in der Nazi-Praxis. Kommen diese Helden erst in die praktische Arbeit, dann sind sie jederzeit bereit, das ganze Programm zu verraten. An einer Fülle von Einzelbeispielen ist gezeigt, wie ganze Nazi-Fraktionen ihre eigenen Programmpunkte ablehnen. Verrat und wieder Verrat aller Nazi-Versprechungen ist das Merkmal ihrer Praxis.

Nazi-Blüten. Reiniger und Erneuerer Deutschlands nennen sich die Pgs. Die Broschüre zeigt Betrüger und Verbrecher bei der praktischen Arbeit. Unterschlagungen und schlimmste Korruptionen sind an der Tagesordnung. Landesverräter, Spione und Urkundenfälscher werden mit führenden Posten in der praktischen Arbeit betraut. Parteibuchbeamtenwirtschaft in Reinkultur!

Eine Abrechnung mit den praktischen „Taten" der Nazis fehlte bislang in dieser Zusammenstellung. Jetzt ist eine Waffe vorhanden, die die Nazis an ihrer schwächsten Stelle trifft. Verlangen Sie in der Buchhandlung oder vom Broschürenobmann die neue Broschüre „Nazi-Paradiese" zum Preise von 10 Pf.

ODOL-ZAHNPASTA
mit Lingner-Gedenkmünzen-... sie haben Kaufkraft.

Schluß mit dem Lohndruck

Entschließung des Holzarbeiterverbandes

Der Beirat des Deutschen Holzarbeiterverbandes, der am 10. und 11. Oktober in Berlin versammelt war, beschäftigte sich eingehend mit der Tarifpolitik und der Notverordnung vom 5. September. In der Holzindustrie sind die Verdienste in den letzten Jahren außerordentlich stark gesunken, da zu dem tariflichen Lohnabbau der Verdienstausfall infolge Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit kommt. Während des laufenden Jahres waren in keinem Monat weniger als 60 Proz. der Mitglieder arbeitslos, zur Zeit sind **mehr als 66 Proz. arbeitslos.** Nur im Baugewerbe ist die Arbeitslosigkeit größer.

Die tariflichen Zustände im Holzgewerbe sind sehr verworren. Bis zum Februar 1931 bestand ein zentraler Tarifvertrag, der mit dem Arbeitgeberverband der Deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes abgeschlossen war. Nach dessen Ablauf war diese Unternehmerorganisation nicht mehr imstande, eine zentrale Regelung herbeizuführen. Es wurden Tarifverträge mit den einzelnen Bezirksverbänden des Arbeitgeberverbandes abgeschlossen. Allmählich ist aber der Arbeitgeberverband fast völlig als Tarifpartner ausgeschieden. An seine Stelle sind Innungsverbände und sonstige Unternehmerorganisationen getreten. Der Umfang des Gebietes, in dem Tarifverträge gelten, ist ganz bedeutend zurückgegangen.

Wo noch Tarifverträge bestehen, werden Lohnabkommen meist nur für kurze Dauer, für zwei bis drei Monate, geschlossen, und bei jeder Erneuerung müssen sich die Arbeiter gegen neue Lohnabbauforderungen zur Wehr setzen. Auch die Notverordnung, die den Unternehmern erhebliche Lohnsenkungen gestattet, hält sie nicht ab, weitere Tarifkündigungen auszusprechen und weitere Kürzungen der Tariflöhne zu verlangen.

Der Beirat des Deutschen Holzarbeiterverbandes stellte sich einmütig auf den Standpunkt,

daß es nun mit der Lohnsenkung Schluß sein müsse.

Allseitig kam der Wille zum Ausdruck, allen Versuchen, den Lohn der noch beschäftigten Holzarbeiter noch tiefer als seither herabzudrücken, jeden möglichen Widerstand entgegenzusetzen. Die Stimmung des Beirats fand ihren Ausdruck in der einstimmigen Annahme der folgenden Resolution:

„Durch die Notverordnungen der gegenwärtigen Reichsregierung ist der Grundsatz und der Wert des Tarifvertrages auf das schwerste erschüttert.

Der Verbandsbeirat bringt zum Ausdruck, daß der Tarifvertrag im Verbande niemals als Selbstzweck, sondern immer nur als zweckmäßiges Mittel der Regelung und Sicherung der Arbeitsbedingungen gegolten hat. Wo der Tarifvertrag diese Bedingung nicht mehr erfüllt, wird es der Verband vorziehen,

die Bindungen des Tarifvertrages zu verlassen,

um sich die Freiheit in der Gestaltung der Arbeitsverhältnisse zu sichern.

Indem der Verbandsbeirat den Vorstand beauftragt, in diesem Sinne die Lohn- und Vertragsbewegung des Verbandes zu führen, appelliert er gleichzeitig an die Verbandsmitglieder und **alle Holzarbeiter und Holzarbeiterinnen, durch die Stärkung der Organisation die Widerstandskraft gegen Lohnraub zu verstärken.**"

Der Beirat beschäftigte sich im übrigen mit inneren Verbandsangelegenheiten. Auch wurde beschlossen, in eine umfassende Werbetätigkeit einzutreten.

AfA.-Ortskartell

In der Vertreterversammlung des AfA-Ortskartells Berlin am Montag berichtete Genosse Flatau, daß die Mitgliederbewegung in den Berliner AfA-Verbänden in den letzten Monaten trotz der unverminderten Konjunkturflaute ziemlich stabil geblieben ist. Nach einem kurzen Rückblick auf die politischen Ereignisse der jüngsten Zeit und die Arbeit der AfA-Vertreter in den verschiedensten Körperschaften schloß Genosse Flatau seinen Arbeitsbericht mit der Aufforderung, die Organisationen der Eisernen Front, mit denen auch das AfA-Ortskartell sehr gut zusammengearbeitet hat, weiterhin wirksam zu unterstützen.

Im Mittelpunkt des Abends stand ein Referat des Genossen Göring „Papenplan — Arbeitsbeschaffung — Hilfe für die arbeitslose Jugend" Der Referent gab einen allgemeinen Ueberblick über

die Not in der Angestelltenschaft,

die in den Zahlen der Arbeitsmarktstatistik, vor allem aber in den Zahlen über die nicht unterstützten Arbeitslosen zum Ausdruck kommt. Mit größter Schärfe kritisierte er die „Ankurbelungspolitik der Baronsregierung". Diese Regierung läßt alle Forderungen der Gewerkschaften nach einem Umbau der Wirtschaft unbeachtet. Sie versucht die Gewerkschaften einzuschüchtern und sie davon abzuhalten, die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten gegen jeden Lohnabbau zu unterstützen.

Auf die am 3. Oktober erlassene Durchführungsverordnung zur Notverordnung vom 5. September, in der den Gewerkschaften die Friedenspflicht aufzuzwingen versucht wird, werden AfA-Bund und ADGB. in einer gemeinsamen

Kundgebung am 18. Oktober

die gebührende Antwort erteilen. Genosse Göring kündigte den schärfsten Kampf der Gewerkschaften an gegen die neuen Pläne der Reichsregierung, die auf eine Beseitigung des Grundbetrages der Renten in der Invaliden- und Angestelltenversicherung, eine Aenderung der Organisation der Berufsgenossenschaften zuungunsten der Unfallversicherten usw. abzielen.

In seinen Schlußausführungen begründete der Referent die Stellungnahme des AfA-Bundes zum freiwilligen Arbeitsdienst, die in der Auffassung wurzelt, daß man sich für den freiwilligen Arbeitsdienst nicht begeistern braucht, ihn aber angesichts der großen seelischen Not der jugendlichen Erwerbslosen nicht negieren könne.

Organisiert euch!

Die Berliner Werbeaktion

Morgen, Mittwoch, beginnt in Berlin der große Werbefeldzug für die freien Gewerkschaften und die ihnen nahestehenden Einrichtungen der Arbeiterschaft, der bis zum 15. Dezember dauern soll. Die Mitgliederwerbung geht nach einem Plan vor sich, der vom Ortsausschuß des ADGB. im Einvernehmen mit den einzelnen Verbänden und Unternehmungen der Arbeiterschaft entworfen worden ist, und der in einer Vorständekonferenz der Berliner Gewerkschaften am Montag im Gewerkschaftshaus einmütig gebilligt wurde.

An der Werbeaktion sollen sich nicht nur die Funktionäre, sondern alle Mitglieder der freien Gewerkschaften beteiligen. Die erfolgreichsten Werber erhalten Werbeprämien, und zwar für je sechs Neuaufnahmen, die nicht allein für den eigenen Verband gemacht zu sein brauchen, einen Gutschein im Werte von 3 Mark. Für diesen Gutschein erhält der Werber als Gegenleistung Bücher, Theatervorstellungen oder Waren. Bei der Büchergilde Gutenberg, der Verlagsgesellschaft des ADGB., der Volksbühne, der Konsumgenossenschaft oder bei den Lindcar-Fahrradwerken, auch bei der Arbeiterbank werden die Gutscheine in Zahlung genommen.

In der Vorständekonferenz war man sich darüber klar, daß infolge der unterschiedlichen Beiträge und Aufnahmegebühren bei der Werbung Schwierigkeiten auftauchen werden, die es jedoch zu überwinden gilt. Wenn sich jedes Berliner Gewerkschaftsmitglied mit allen Kräften in den Dienst der Werbeaktion stellt, muß ihr ein beachtlicher Erfolg beschieden sein. Die Mitglieder der Berliner Gewerkschaften werden über alle Einzelheiten der Werbeaktion noch genau unterrichtet durch den „Aufwärts", das Organ des Berliner Ortsausschusses des ADGB.

Der Druck auf die Arbeitsbedingungen kann nur erfolgreich abgewehrt werden, wenn die Reihen der Gewerkschaften geschlossen sind.

Schuhmacherstreik

In den Treptower Werkstätten

Zum 30. September wurde den in der Schuhmacherabteilung der Berliner Lehr- und Beschäftigtenwerkstätten in Treptow der Lohntarif gekündigt. Die Geschäftsleitung wollte Teilarbeit einführen und bot Akkordsätze an, die um die Hälfte niedriger sind als im Innungstarif. Der Gewerkschaftsvertreter schlug vor, die Teilarbeiten zwei bis drei Wochen zu dem bisherigen Lohn herstellen zu lassen und dann in neuer Verhandlung die Akkordsätze festzulegen.

Da die Geschäftsleitung dies ablehnte, beschloß eine Betriebsversammlung einstimmig, nochmals zu verhandeln und wenn alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind, in den Streik zu treten. Verhandlungen am 10. Oktober scheiterten wiederum, worauf allen Arbeitern gekündigt wurde. Der Ausgang zur Straße wurde verschlossen, bis alle Arbeiter die schriftliche Kündigung in Händen hatten. Da die Arbeiter protestierten, wurde das Tor wieder geöffnet. Die Kündigungen wurden durch die Post verschickt.

Die Zahlstelle Berlin des Schuhmacherverbandes fordert alle Kollegen auf, keine Arbeit in den Treptower Werkstätten anzunehmen, ihren körperbehinderten streikenden Kollegen nicht in den Rücken zu fallen.

Syrups Zahlen

Im Rahmen einer Vortragsreihe sprach der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Syrup, der zugleich Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst ist, über die Neugestaltung der Arbeitslosenhilfe. Im wesentlichen brachte Dr. Syrup Zahlen über die Versicherung der Arbeitslosen und den Arbeitsdienst.

Die Unterstützungskürzung in der Arbeitslosenversicherung zeigt folgende Zahlenangaben:

Ein Arbeitsloser bekam

im Monatsdurchschnitt in den Jahren

1927: **81 Mark;** 1928: 78 Mark; 1929: 76 Mark; 1930: 60 Mark und seit Juni 1932 **noch 53 Mark.**

Die jährlichen Kosten für einen Arbeitsdienstfreiwilligen veranschlagt Dr. Syrup auf 1000 Mark. Der freiwillige Arbeitsdienst erfasse bereits 200 000 Mann. Die zu seiner Durchführung verfügbaren 50 Millionen Mark reichten noch bis Jahresschluß. Der Jahresaufwand für den Arbeitsdienst erfordert also **200 Millionen Mark** und zwar 120 Millionen an Förderungszuschuß und 80 Millionen an Sachkosten. Die volle Durchführung des FAD.-Programms würde — da jeweils mit einer Generation von etwa 5 000 000 jugendlichen Arbeitsdienstwilligen zu rechnen sei, rund 500 Millionen Mark erfordern.

Wir sind noch heute der Auffassung, die Dr. Syrup in seiner Veröffentlichung über die „Arbeitslosenhilfe" im Verlage des „Deutschen Volkswirts" bekundete, als er noch nicht zugleich Reichskommissar für den freiwilligen Arbeitsdienst war, nämlich, daß die im freiwilligen Arbeitsdienst aufgewandten Summen besser auf dem freien Arbeitsmarkt verwendet würden.

Reichspost gegen Schießerei

Auch gegen SA.-Schützen?

Das Telegraphenzeugamt in Berlin kündigte am 12. Januar einigen bei ihm beschäftigten Mitgliedern der Schießsparte des Arbeitersportvereins „Fichte". Die Entlassenen klagten auf Wiedereinstellung. Die Beklagte macht geltend:

Die Schützenabteilung beim Telegraphenzeugamt sei als eine „Rote Betriebswehr" zur Erreichung politischer Ziele im Wege der Gewalt gebildet worden. Die Weiterbeschäftigung von Arbeitnehmern, die derartigen Organisationen angehörten, könne ihr nicht zugemutet werden, da die ungestörte Fortsetzung des Betriebes der Deutschen Reichspost von entscheidender Bedeutung für die öffentliche Sicherheit und Ordnung sei.

Die Kläger erklären, daß sie nur dem Arbeiterschießsportverein angehören, der keine politischen Ziele verfolge. Sie seien rein sportlich tätig gewesen. Obwohl Hitlers SA.-Leute wiederholt an Waffenübungen teilnehmen und auch im Besitz von Schußwaffen seien, habe **die Reichspost bis jetzt noch keinen Nazi wegen seiner politischen Betätigung entlassen.**

Das Landesarbeitsgericht hat gegen die Kläger entschieden und die Entlassung als rechtswirksam gebilligt. Es hat festgestellt, daß die vertragsmäßige Kündigung der Kläger kein Verstoß gegen Art. 118 der Reichsverfassung sei, wenn der Arbeitgeber nicht nur nach seiner subjektiven, vielleicht jeder Grundlage entbehrenden Auffassung, sondern nach den gegebenen Verhältnissen berechtigterweise zu der Auffassung gelangen konnte, daß die Betätigung des Arbeitnehmers mit den Aufgaben und dem Zweck einer Verwaltung nicht vereinbar ist. Die Kläger seien nicht wegen ihrer politischen Gesinnung, sondern wegen positiver Betätigung bei dem Schießsportverein entlassen worden.

Gegen das Urteil hatten die Kläger Revision eingelegt. Sie verlangen Aufhebung des vorinstanzlichen Urteils und eine grundsätzliche Entscheidung in dieser Rechtsfrage.

Das Reichsarbeitsgericht kam zur Zurückweisung der Revision. Ein Verstoß gegen Art. 118 der RV. läge nicht vor, da die Kläger nicht wegen ihrer politischen Gesinnung, sondern wegen ihrer Betätigung in einem revolutionären Schießsportverein entlassen worden seien. (RAG. 227/32.)

„Behala"-Streik

Um den Sondertarif

Für die vor dem 1. November 1928 bei der Berliner Hafen- und Lagerhaus A.-G. eingestellten Arbeiter bestand bis zum 30. September ein besonderer Manteltarifvertrag, der verschiedene soziale Vergünstigungen bezüglich des Urlaubs, Krankengelds, der Waschzeit, Schutzkleidung und dergleichen vorsah. Die Verlängerung dieses Vertrages um ein Jahr lehnte die „Behala" ab. Sie erklärte sich in den Verhandlungen schließlich bereit, diesen Manteltarif um ein Jahr zu verlängern. Der Urlaub sollte in diesem Jahre noch voll gewährt, dann aber um ein Drittel und das Krankengeld um die Hälfte gekürzt werden. Es hätte sich wohl eine Einigung herbeiführen lassen, wenn die „Behala" nicht die Bedingung gestellt hätte, daß eine vom Gesamtverband beim Arbeitsgericht anhängige Klage über die Auslegung einer Tarifbestimmung von dem Verband zurückgezogen wird.

Die Belegschaft hat in einer Urabstimmung mit Dreiviertelmehrheit den Vorschlag abgelehnt. Die 330 Arbeiter nehmen heute die Arbeit nicht wieder auf.

Es geht auch so!

Ohne Notverordnungs-Lohndruck

Für die Zigarrenindustrie ist im Juli 1932 ein neuer Tarifvertrag zwischen dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller E. V. und den beiden Tabakarbeiterverbänden abgeschlossen worden, mit dem eine allgemeine Lohnkürzung durchgeführt wurde. Infolgedessen hat der Reichsverband seinen Mitgliedern empfohlen, von der Lohnsenkungsmöglichkeit aus der Verordnung vom 5. September zur Zeit keinen Gebrauch zu machen. In der Zigarrenindustrie wird demnach auch bei Neueinstellungen keine Lohnkürzung vorgenommen.

Herrenkonfektion

Der neue Reichstarif

Für die Herrenkonfektion haben die Tarifverhandlungen zur Erneuerung des Reichstarifs ab 1. November geführt. Für das Mantel- und das Lohnabkommen hatten die Unternehmer ganz unmögliche Verschlechterungen angemeldet. Sie drangen damit nicht durch. Für den Urlaub wollten sie z. B. nur sechs Tage als Höchstmaß gewähren. Er wurde in der Spitze jedoch nur von zwölf auf zehn Tage herabgesetzt. In der Lohnfrage hatten die Unternehmer einen Abbau von 15 Proz. für die Arbeiter und von 20 Prozent für die Zuschneider gefordert. Der Abbau für die Arbeiter beträgt 5 Proz. und der für die Zuschneider 8 Proz. Die Löhne in der Lodenkonfektion wurden um 5 Proz. gekürzt. Die gleiche Kürzung tritt unter bestimmten Voraussetzungen in der Massenkonfektion bei Vergebung an Zwischenmeister ein.

Im wesentlichen sind die grundsätzlichen Forderungen der Unternehmer zurückgewiesen worden. Im Lohn wollten sie das Niveau nach unten gleich machen. Wenn sie auf ihren Forderungen bestanden hätten, wäre es nicht zum Abschluß eines Reichstarifs gekommen.

Notverordnungsstreik

Glasarbeiter gegen Lohndruck

Die Glaswerke Gelsdorf in Weißwasser (O.-L.) kündigten ab 10. Oktober eine Lohnkürzung von durchschnittlich 9 bis 10 Proz. auf Grund der Notverordnung an. Da die Zurückziehung des Lohndruckdiktats durch Verhandlungen nicht zu erreichen war, kündigte die Belegschaft das Arbeitsverhältnis zum 8. Oktober. In dem Betrieb mit 110 Arbeitern ruht seit Montag die Arbeit.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: **Richard Schwarz;** Wirtschaft: **G. Klingelhöfer;** Gewerkschaftsbewegung: **J. Steiner;** Feuilleton: **Herbert Lepère;** Lokales und Sonstiges: **Fritz Karstädt;** Anzeigen: **Otto Hengst;** sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

Wie Berlin verwaltet werden muß

Stärkung der kommunalen Demokratie — Schafft den Verwaltungsmittelpunkt — Von Dr. Carl Herz

Die Reform der Verwaltung Berlins ist in diesen Tagen Gegenstand der Beratungen eines Stadtverordnetenausschusses. Der „Vorwärts" veröffentlicht nachstehend bedeutsame Ausführungen des Bürgermeisters Dr. Carl Herz, in denen die Grundgedanken des vor zwei Jahren geschaffenen Entwurfes des Bezirksvorstandes der Berliner Sozialdemokratie mit den Hauptlinien des Magistratsplanes gegeneinander abgewogen werden.

Innerhalb der Auseinandersetzungen über die Neugestaltung der Bezirksverwaltung ist ein Streit darüber entstanden, ob der Magistratsentwurf der grundsätzlichen Einstellung des von der Berliner Sozialdemokratie vor zwei Jahren veröffentlichten Selbstverwaltungsentwurfs entspricht. Von bürgerlicher Seite ist behauptet worden, daß der Magistratsentwurf in starkem Maße dem Entwurf der Partei nachgebildet sei. Parteigenössische Kritiker haben gerade umgekehrt im Magistratsentwurf eine gegensätzliche Grundrichtung und eine reaktionäre Einstellung feststellen zu können geglaubt. Was ist die Wahrheit?

Der sozialdemokratische Gesetzentwurf ist konsequent entwickelt aus dem Gedanken der kommunalen Demokratie, der auch dem Heidelberger Parteiprogramm zugrunde liegt. Diese politische Linie ist im Entwurf mit Schärfe herausgearbeitet und verwaltungstechnisch bis in alle Verästelungen durchgeführt. Wird dieser programmatische Grundgedanke als Beurteilungsmaßstab verwertet, so kann der parteigenössische Kritiker leicht feststellen, daß der Magistratsentwurf in manchen Punkten erheblich hinter den im Parteientwurf niedergelegten Forderungen zurückbleibt. **Es zeugt aber von einer völligen Verkennung der politischen Situation, daraus eine streng ablehnende Taktik herzuleiten.** Der Magistratsentwurf bildet nicht wie unser Entwurf eine das Ganze der Stadtverwaltung umschließende gedankliche Einheit, sondern ist lediglich eine ergänzende Novelle, die einen begrenzten Ausschnitt, nämlich die Bezirksverwaltung, regelt, im übrigen aber die bestehenden Grundlagen der Stadtverfassung nicht antastet. Daß er selbst innerhalb dieses eng umgrenzten Gebietes sehr behutsam vorgeht und sich an bestehende Vorbilder anlehnt, kann angesichts der nun einmal gegebenen machtpolitischen Situation kein Vorwurf sein.

Das Verdienst der Partei

Trotz der politisch ungünstigen Situation stellt sich jetzt mit zwingender Deutlichkeit heraus, daß die Arbeit, die von der Partei vor zwei Jahren geleistet wurde, nicht vergeblich war. Denn die organisatorischen Grundgedanken, auf denen sich der Parteientwurf aufbaut, haben trotz der politischen Hemmungen ihre durch die Sache gegebene Wirksamkeit entfaltet. Diese Grundgedanken sind nunmehr keineswegs original, sind nicht zuerst und sind nicht allein vom Entwurf der Partei aufgenommen. Aber entscheidend ist nicht, ob ein organisatorischer Gedanke ursprünglich ist — alles Gescheite ist schon auf diesem Gebiete gedacht worden —, sondern ob er die in einem Verwaltungskörper aus der praktischen Erfahrung der laufenden Verwaltung erwachsenen Strebungen und Strömungen richtig erfaßt und in die ihnen wesensgemäße rechtliche Organisationsform hineingießt. Dieses Verdienst kann der Entwurf der Partei für sich in Anspruch nehmen. Er gliedert nämlich planmäßig die in der kommunalen Verwaltungsarbeit Berlins auftretenden Verwaltungsaufgaben ihrem Wesen nach in drei Gruppen und ordnet jede Gruppe einer bestimmten Verwaltungsstufe zu. Der Magistratsentwurf hat dieses System übernommen — und mußte es ganz unabhängig von jeder politischen Einstellung übernehmen, weil diese Gliederung den sachlichen Bedürfnissen der Verwaltung angepaßt und insofern zwangsläufig ist.

Beseitigung der Bezirksversammlung

Die erste Gruppe umfaßt die Angelegenheiten, die in parlamentarischer Form durch die Gemeindevertretung zu erledigen sind, also die sogenannten Beschlußsachen. Das Gesetz von 1920 hat hier durch Schaffnung von 20 Bezirksversammlungen neben der Stadtverordnetenversammlung eine Teilung der parlamentarischen Gewalt versucht. Dieser Versuch ist mißlungen. Die alte Wahrheit, daß jedes Parlament eine zentralisierende Tendenz hat, hat sich auch hier durchgesetzt. Die gewählte Stadtverordnetenversammlung ist, um die Ausdrucksweise des französischen Revolutionsrecht anzuwenden, une et indivisible, einzig und unteilbar.

für Nebensonnen ist kein Raum.

Parteientwurf und Magistratsentwurf gehen in der Beseitigung der Bezirksversammlungen als parlamentarischer Körperschaften konform.

Die zweite Gruppe der Verwaltungsaufgaben schließt die laufende Verwaltung in sich, die Erledigung der in der Tagesarbeit auftretenden Einzelfälle. Hier herrscht der Berufsbeamte vor, da hier alles — zumal in einer Zeit des Massennotstandes — auf eine prompt und exakt funktionierende Maschinerie ankommt. Dieser Tatsache kann, wie der Wandel im Amtsinhalt des ehrenamtlichen Wohlfahrtskommissionsvorstehers beweist, nicht ausgewichen werden. Auch Gewerkschaften und Genossenschaften mußten wie jeder Verband auf einer bestimmten Stufe der Entwicklung vom ehrenamtlichen Funktionär zum Berufsbeamten übergehen. Parteientwurf und Magistrat stimmen dahin überein, daß sie in Anerkennung dieser zwangsläufigen Entwicklung die tägliche Verwaltung in den Bezirken dem Bürgermeister mit dem ihm beigeordneten Verwaltungsstabe übertragen.

Zwischen den Beschlußsachen mit parlamentarischem Charakter und der laufenden Verwaltung schiebt sich nun eine dritte Gruppe von Angelegenheiten, die eine Zwischenform darstellt. Es handelt sich hierbei um die Aufstellung von Grundsätzen und Richtlinien, um die Inangriffnahme neuer Aufgaben und Einrichtungen, um die zielsetzende, Gang und Geist der Verwaltung generell bestimmende Verwaltungstätigkeit. Man mag dieses Gebiet als freie Verwaltung bezeichnen und sie in Gegensatz stellen zur laufenden Tagesverwaltung, die sich in der Vollziehung der Gesetze und Verordnungen erschöpft und insofern gebunden ist. Deshalb gewinnen hier auch politische Gesichtspunkte Bedeutung, da es hier darauf ankommt, der grundsätzlichen Richtung der Verwaltung nach der Eigenart der aus der gesellschaftlichen Struktur des Bezirks hervorgehenden Bedürfnisse den Weg zu weisen. Hier ist das gegebene Feld für die Tätigkeit des modernen Ehrenbeamten. Sowohl nach dem Entwurf der Partei wie nach der Magistratsvorlage besteht daher das zur Erledigung dieses Aufgabenkreises berufene Verwaltungsorgan, das mit dem jetzigen Bezirksamt nur den Namen gemein hat, aus gewählten Bezirksvertretern unter dem Vorsitz des Bürgermeisters.

Die fehlende Zusammenfassung

Die Magistratsvorlage beruht also auf denselben Konstruktionsprinzipien wie der Parteientwurf. Wenn eine kritische Bemerkung am Platze ist, so muß sie von einem ganz anderen Einsatzpunkt ausgehen. Ich knüpfe hierbei an die Beschwerden an, die auch jetzt noch aus den Kreisen der parteigenössischen Bezirksvertreter über Uebergriffe der Zentralverwaltung laut geworden sind. Es ist zweifellos, daß auf diesem unerfreulichen Gebiete der Zuständigkeitsstreitigkeiten unter der Herrschaft der neuen Verwaltung eine sehr erhebliche Besserung eingetreten ist. Gleichwohl ist nicht zu leugnen, daß das Verhältnis zwischen Zentralverwaltung und Bezirksverwaltung immer noch nicht die der natürlichen Verflechtung der Aufgabenkreise entsprechende innere Verbundenheit angenommen hat. Das liegt nicht an dem Willen der maßgeblichen Personen, sondern an einem grundsätzlichen Fehler in der organisatorischen Struktur, auf den bei der Beratung der Novelle von 1931 mit Recht hingewiesen ist. Der Zusammenhang zwischen den leitenden Persönlichkeiten der Zentralverwaltung und der Bezirksverwaltung ist zwar jetzt erfreulicherweise im Gegensatz zu der früheren Periode enger geworden, ist aber immer noch zu locker.

In der Berliner Verwaltung besteht kein einheitlicher Verwaltungsmittelpunkt.

Wir haben eine ganze Reihe von Personen und Personenkreise, bei denen aus allen Arbeitsgebieten und Verwaltungsbezirken die Fäden der Verwaltung sich verknüpfen. Sieht man von den zentralen Deputationen ab, so stehen an den entscheidenden Schlüsselpunkten der Oberbürgermeister, der Magistrat, die Gemeinschaftsbesprechung von Magistrat und Bezirksbürgermeistern, die Konferenz der Bürgermeister usw. unorganisch und mit unsicherer Zuständigkeit nebeneinander.

Je größer aber eine Verwaltung ist, um so notwendiger ist die Zusammenfassung in der Spitze. Hier liegt ein Gefahrenherd vor, dessen Größe nach den Erfahrungen des Zusammenbruchs von 1929 nicht unterschätzt werden darf. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Punkt in der öffentlichen Diskussion stärker in den Vordergrund gerückt würde. Ziel aller Reform soll ja sein, daß, um auch hier ein vielzitiertes Goethe-Wort anzugeben: „alles sich zum Ganzen webt".

Der Herr Staatsanwalt

Zuchthausanträge im Prozeß gegen Eiserne Front

Das Urteil gegen die Mitglieder der Eisernen Front vor dem Sondergericht wegen der Vorfälle in Börnicke konnte überraschenderweise auch gestern noch nicht gefällt werden. Die Verhandlung wurde nach dem Plädoyer des Staatsanwalts Dr. Mittelbach auf Freitag vertagt.

Der schwerkriegsbeschädigte Angeklagte Bachmann, der im Krankenwagen zur Gerichtsstelle herbeigeschafft worden war, konnte den Verhandlungen vor Schmerzen nicht mehr folgen. Dr. Ewers, der ihn im Auftrage des Gerichts untersuchte, stellte fest, daß der Unterschenkel infolge der Kriegsbeschädigung derart vereitert sei, daß das Bein, möglicherweise, um eine allgemeine Blutvergiftung zu verhüten, amputiert werden müßte. Jedenfalls sei die Verhandlung auf mehrere Tage auszusetzen.

Ungeachtet dieses Gutachtens beantragte Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mittelbach gegen den schwerkriegsbeschädigten und schwer leidenden Angeklagten Bachmann Haftbefehl wegen Fluchtverdacht!

Wenn Dr. Joachim auf diesen geradezu ungeheuerlichen Antrag mit den Worten reagierte, daß ein „derart scharfer Antrag in Moabit etwas vollkommen Ungewöhnliches" sei, und wenn er hinzufügte, daß er sich noch sehr milde ausgedrückt habe, so wird man ihm Recht geben müssen. Das Gericht lehnte sowohl den Haftbefehl in bezug auf Bachmann als auch in bezug auf sämtliche anderen Eiserne-Front-Leute ab: ein Fluchtverdacht erscheine nicht begründet, die Angeklagten seien stets pünktlich zur Stelle gewesen.

Der Antrag auf Erlassung eines Haftbefehls gegen sämtliche Angeklagten und insbesondere gegen den Angeklagten Bachmann paßt vorzüglich in das Bild, das Staatsanwaltschaftsrat Dr. Mittelbach in diesem Prozeß im allgemeinen bot. Bei der unverhüllten Gehässigkeit gegenüber dem Reichsbanner ist dem Staatsanwalt Dr. Mittelbach die Fähigkeit zur Objektivität gegenüber Angeklagten, die der Eisernen Front angehören, abzusprechen.

Zur Sache selbst gab er unter Vergewaltigung der in der Gerichtsverhandlung festgestellten Tatsachen eine Darstellung, die auf eine Rechtfertigung seiner schriftlichen Anklage hinausliefen.

Bei der Strafzumessung sei einerseits die Schwere der Straftaten zu berücksichtigen, die an das Strauchrittertum erinnere, andererseits strafmildernd der Umstand, daß keiner der Angeklagten Organisationen angehört, die die Unterwühlung des Staates auf ihre Fahnen geschrieben haben, daß es sich nur um irregeleitete (!) Leute handelt (von wem irregeleitet? Vom Reichsbanner?!), die meinen, ihre Ueberzeugung durch Waffen in der Hand ihren Gegnern beibringen zu können.

Staatsanwalt Dr. Mittelbach beantragte sodann gegen Teichmann drei Jahre Zuchthaus und gegen Voß zwei Jahre Zuchthaus.

Der jugendliche Schmidt soll mit drei Jahren Gefängnis, der schwerkriegsbeschädigte hilflose Bachmann mit einem Jahr Gefängnis, Galle mit zehn Monaten Gefängnis, die Naziangeklagten Becker (er hat wie ein Rasender mit dem Spaten dreingeschlagen!) und Schröder mit je drei Monaten Gefängnis bestraft werden. Vor Erlaß eines Urteils sind sämtliche Angeklagte in Haft zu nehmen.

Der Nebenkläger beantragte, die Angeklagten u. a. zu einer Gesamtbuße für jeden der Verletzten von je 1000 Mark zu verurteilen und außerdem Schmidt noch zu 500 Mark Buße.

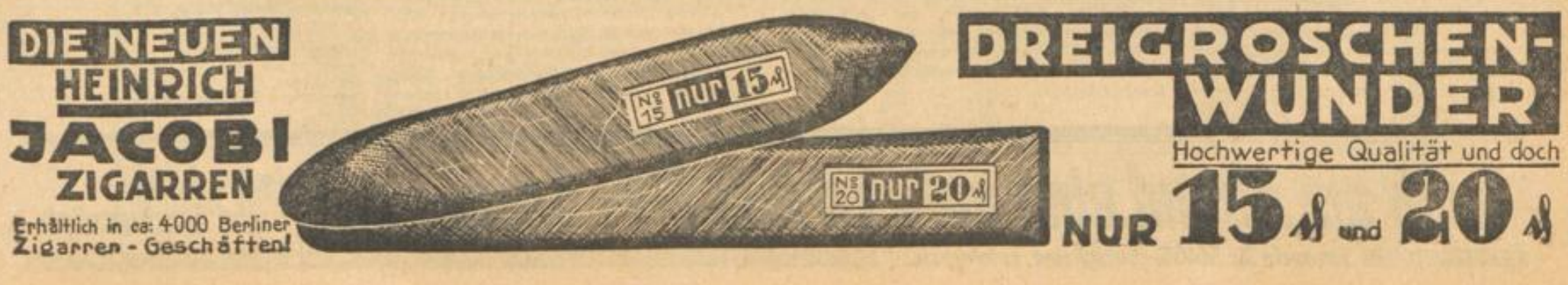
Die Verhandlung wurde dann auf Freitag, 9½ Uhr, vertagt.

Reichsbannerkameraden vor dem Moabiter Sondergericht

Selbstmord auf Rügen

Ein Berliner Landgerichtsrat

Der seit einiger Zeit in Sellin auf Rügen zur Erholung weilende Landgerichtsrat Kleiner aus Berlin-Wilmersdorf wurde tot aus dem Schwarzen See geborgen. Der Landgerichtsrat war von einem Spaziergang nicht zurückgekehrt, so daß man besorgt um sein Schicksal auf die Suche nach ihm ging. Es steht einwandfrei fest, daß Landgerichtsrat Kleiner, der seit längerer Zeit nervenleidend war, Selbstmord beging.



In wenig Worten

Der Chikagoer Bankpräsident Collins wurde von Banditen entführt. Die Verbrecher bemühen sich, von der Frau des Entführten 5000 Dollar Lösegeld zu erpressen.

*

Der aus Bobelnick (Kreis Neumark-Schlesien) stammende 21jährige Landwirtssohn Paul Franz gestand, am 1. Oktober in seinem Heimatorte den Landbriefträger Barin aus dem Hinterhalt erschossen zu haben. Als Motiv gibt der Täter Rachsucht an.

*

In Berlin und Beuthen wurden am Montag und Dienstag sechs Personen unter dem Verdacht der Devisenschiebung festgenommen. Der Hauptverdächtige heißt Heller.

*

57 weiße und eingeborene Bergarbeiter kamen in dem südafrikanischen Bergwerk Geldenhois Deeb durch Grubenbrand ums Leben.

*

Ein Kriminalassistent in Essen nahm sich das Leben, weil er es nicht verwinden konnte, daß ihm ein Verbrecher entlaufen war.

Die Flucht aus der Kirche

Seit 1925 in Berlin 358 364 Kirchenaustritte

Die Volkszählung vom 16. Juni 1925 ergab für Berlin als Angehörige der wichtigsten Religionsgemeinschaften:

		von 1000 Personen	im Jahr 1910
Evangelische . .	3 083 200	766,2	831,7
Katholische . .	403 800	100,3	110,8
andere Christen	11 500	2,8	0,8
Juden	172 700	43,0	38,6
Sonstige	353 000	87,7	18,1

Die beiden Hauptkirchen umfaßten zusammen fast genau die zehnfache Zahl der „Sonstigen", unter denen die Freidenker und sonst aus den Kirchen Ausgeschiedenen den weitaus größten Teil ausmachen. 54 086 gehörten einer anderen Gemeinschaft an. 288 948 waren ohne Religionsbekenntnis. 1910 war das Verhältnis noch das Zweiundfünfzigfache gewesen. Wir hat es sich seitdem entwickelt?

Die Zahl der Kirchenaustritte betrug in Berlin in den Jahren

	Evangel.	Kathol.	Juden	Zus.
1925	27 621	2 741	446	30 808
1926	40 551	4 233	667	45 251
1927	36 700	4 542	559	41 801
1928	46 030	5 595	556	52 181
1929	50 490	6 570	579	57 639
1930	59 255	6 794	586	66 635
1931	71 102	7 450	722	79 274

Insgesamt sind, wenn wir der Einfachheit halber von den Austritten des Jahres 1925 nur die Hälfte mitrechnen, da die Volkszählung etwa in die Jahresmitte fiel, seit der Volkszählung bis Ende 1931 ausgetreten:

Evangelische	317 938	10,3 Proz.	des Bestandes vom 16. Juni 1925
Katholische	36 534	9,0 „	
Juden	3 892	2,25 „	
zusammen	358 364	9,8 Proz.	

Rechnet man der evangelischen Kirche (die katholische gibt diese Zahlen nicht an) die Zutritte an, so ergeben sich in der angegebenen Zeit 16 800 Uebertritte zur evangelischen Kirche, davon aus der Gruppe „Sonstige" 11 428. Mithin ist der Verlust dieser Kirche an die „Sonstigen", d. h. in der Hauptsache die Freidenker, 306 500, das ist soviel wie etwa die Einwohnerzahl der Stadt Magdeburg oder Bremen, in 6½ Jahren: dem Fünftel eines Menschenalters!

Auch der Einwand, die Austrittsbewegung beruhe nur auf der Abneigung gegen die Bezahlung der Kirchensteuer, sei also eine rein materielle Sache, die mit der religiösen Gesinnung gar nichts zu tun habe, kann die Sachlage für die Kirche nicht verbessern. Gesteht er doch zu, daß

8 KREIS SPANDAU

Heute Mittwoch, 12. Oktbr., 20 Uhr

Oeffentliche Wahlkundgebung
in der Jubiläumsturnhalle Askanierring.
Referent: Dr. Rudolf Breitscheid, MdR.

einer immer wachsenden Volksmasse, die eine kirchliche Erziehung erfahren hat, die geistigen wie die himmlischen Schätze, die die Kirche zu bieten vermag, nicht den Bruchteil der Einkommensteuer wert sind, der als Kirchensteuer zu entrichten ist. Dabei sind unter den Austretenden anerkanntermaßen nicht wenige, die für andere ideale Zwecke freiwillig erhebliche Opfer bringen.

Es ist verständlich, daß man sich in den Kreisen der Kirchen und ihrer Freunde ernsthaft mit dieser Abfallbewegung, die für die Zukunft der uralten Einrichtung bedenkliche Aussichten bietet, beschäftigt und nach Abwehrmitteln sucht. Sie zu finden wird freilich nicht leicht sein. Wenn ihre Angehörigen scharenweise ihre bisherige Geistesmutter verlassen, dann müssen dafür schwerwiegende Gründe vorhanden sein, die mit den alten, stumpf gewordenen Waffen nicht erfolgreich zu bekämpfen sind.

Da die geistigen Abwehrmittel versagen, hat man wieder die alten derben Zwangsmittel in Erwägung gezogen. Wenn die nationalsozialistische Regierung von Braunschweig eine Austrittsgebühr von 100 M. eingeführt hat, so wird dadurch natürlich der Masse der Besitzlosen, die ja den größten Teil der Kirchenflüchtigen stellen, der förmliche Austritt unmöglich gemacht. Ob aber die Kirche als geistliche Anstalt mit diesem grob-äußerlichen Zwang gegen Widerwillige wirklich etwas gewinnt, das wird sie sich wohl selbst beantworten können. Zwar wird das Geld der Kirchensteuern weiter im Kasten klingen, aber im Innern der Kirche wird sich eine solche Fülle von Ablehnung und Haß anhäufen, daß die Folgen für die Zukunft erst recht verhängnisvoll werden müssen. Auch der Gesetzentwurf der Deutschnationalen im Preußischen Landtag, der die Schikanen des früheren Gesetzes wieder herstellen will, wird die Sache der Kirche nicht retten.

Und ob der Vorschlag des frommen „Reichsboten" (vom 18. August), gegen die Austrittsbewegung mit Feuer und Schwert vorzugehen, falls er verwirklicht werden sollte, mehr Aussicht auf Erfolg bietet, dürfte sich auch stark bezweifeln lassen. Wir erinnern uns, daß solche Kampfmittel schon öfter in der Geschichte angewandt worden sind, ohne den erhofften Zweck zu erfüllen. So von dem römischen Kaiser Diokletian gegen das Christentum und von den spanischen Inquisitoren Torquemada und Arbuez gegen die Ketzer. Sie haben weder die Ausbreitung des Christentums noch die Kirchenrevolution vom Ausgang des Mittelalters verhindert.

So wird schließlich nichts anderes übrig bleiben, als sich, da eine Umstellung von Grund auf, die vielleicht die ganze Austrittsbewegung gegenstandslos machen könnte, nicht zu erwarten ist, der Hilfe von oben anzuvertrauen, sich getröstend des alten Spruches: „Ist es von Gott, so bleibt's besteh'n, ist's Menschenwerk, wird's untergeh'n".

Oder fühlt man sich der göttlichen Hilfe doch nicht so ganz sicher? S. K.

Appell Sahms

Für Einstellung der Wohlfahrtserwerbslosen

Der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm hat sich in einem Schreiben an die Industrie und Handelskammer für die besondere Berücksichtigung der Wohlfahrtserwerbslosen bei Neueinstellungen eingesetzt.

Nachdem der Oberbürgermeister nachgewiesen hat, wie stark die Stadt finanziell durch die Fürsorge für die langfristig Erwerbslosen belastet ist, schreibt er:

Bei den Wohlfahrtserwerbslosen, unter denen sich alle Berufsgruppen befinden, handelt es sich um Menschen, die besonders lange zur Arbeitslosigkeit verurteilt sind, und die daher in bevorzugtem Maße einen begründeten Anspruch auf Berücksichtigung bei der Arbeitseinstellung haben. Die Kreise der Wirtschaft, die in der Lage sind oder in die Lage kommen werden, Neueinstellungen von Arbeitskräften vorzunehmen, können hierbei durch bevorzugte Berücksichtigung von Wohlfahrtserwerbslosen zu einer Verbesserung der Wirtschafts- und Finanzlage der Stadt Berlin auch ihrerseits beitragen.

Erst wenn es gelungen ist, die Wohlfahrtslasten der Stadt sehr erheblich zu verringern, wird es bei der auch dann noch sehr gebotenen sparsamsten Haushaltsführung möglich sein, die jetzigen Notmaßnahmen, zu denen sich die Stadt gezwungen sieht und die vielfach gerade von Kreisen der Wirtschaft als äußerst hart empfunden werden, abzuändern.

Die gefährliche Ostsee

Schiffsunfälle, überfällige Dampfer

Stockholm, 11. Oktober.

Infolge der schweren Stürme haben sich an der schwedischen Ostseeküste mehrere Schiffsunglücke ereignet. Der finnische Dampfer „Sampo" wurde leck geschlagen; nachdem er hilflos umhergetrieben war, glückte es einem schwedischen Bergungsdampfer, ihn nach Nynäshamn zu schleppen. Die Besatzung war durch die Anstrengungen völlig erschöpft, die Ladung über Bord gespült.

Ein zweiter finnischer Dampfer, „Vera", aus Hellingfors, der einen schwedischen Nothafen anlaufen wollte und durch Funk um einen Lotsen gebeten hatte, ist in dem Nothafen nicht eingetroffen. Der mit Holz beladene Dampfer war durch die stürmische See schwer beschädigt worden und hatte starke Schlagseite.

Der lettische Motorschoner „Friedrich" konnte gerade noch im letzten Augenblick geborgen werden, als die Mannschaft bereits versuchte, sich auf einem selbstgebauten Floß an Land zu retten. Die Besatzung hatte keine Ahnung, wohin ihr Schiff eigentlich verschlagen worden war.

Tanzdamen für 10 Pf.

An die Kasse, wer getanzt hat . . .

Die alte Sitte, wonach tanzfreudige Herren an den Tanzmaitre des Vergnügungslokales für jede „gedrehte Sohle" ihren Obulus zu entrichten haben, feiert jetzt in Berlin fröhliche Wiedergeburt. Allerdings in etwas veränderter, „modernisierter" Form. Zu zahlen hat nur jener, der mit einer der im Lokal für diesen Zweck anwesenden Tanzmädchen das Tanzbein schwingt; diese Tänzerin hat gleichzeitig das Amt der Kassiererin inne; sie nimmt im Moment, da ihr jeweiliger Partner den Arm um sie legt, von diesem den Tanzbon entgegen und dann erst geht das Vergnügen los. Diese weniger schöne als eigenartige Einrichtung wäre an und für sich kaum des Erwähnens wert, wenn sie nicht einen tiefen, ausbeuterischen Sinn in sich trüge. Mit diesen Tanzbons hat es nämlich folgende Bewandtnis: Von dessen Gegenwert von zwei Groschen erhält die Tänzerin bei Einlösung an der Kasse nur einen Groschen ausbezahlt, der dann gleichzeitig ihre „Gage" darstellt! Bei Antritt dieses lohnenden Engagements versicherte der Herr Direktor den Mädchen, daß sie gut und gern ihre zehn Mark pro Abend verdienen könnten. Nach Adam Riese müßte die Tänzerin, um auf diese Summe zu kommen, also hundert Tänze pro Abend erledigen. Ganz abgesehen von der außerordentlichen körperlichen Anstrengung, die solch Dauertanz verursachen würde, ist aber von so einem tänzerischen Massenumsatz keine Rede, aus dem ganz einfachen Grunde, weil sich die meisten Tänzer ihre Tänzerinnen mitbringen. So sitzen denn diese armen Dinger, numeriert, vom grellen Scheinwerfer beleuchtet, bis zum Lokalschluß auf ihrem Stuhl und warten und warten. Aus den angekündigten zehn Mark werden bei der einen zwei, bei der anderen vier Groschen, und die dritte geht überhaupt ganz leer aus. Es geht nichts über billiges Personal.

Hotelalliance

Hotelbetriebs-AG. übernimmt Palast-Hotel und Fürstenhof

Die seit Jahren bestehenden Pläne, die gesamten Hotelinteressen der Hotelbetriebs A.-G. (Bristol, Kaiserhof, Bellevue, Baltic, Centralhotel) mit denjenigen der ihr befreundeten Aschinger A.-G. (Fürstenhof, Palasthotel) einheitlich zusammenzufassen, sind in den letzten Wochen weiter gediehen. Die Hotelbetriebs A.-G. hat Vorbereitungen getroffen, den gesamten Fürstenhof-Komplex und das Palast-Hotel in sich aufzunehmen. Man hofft nicht unwesentliche Ersparnisse in der Verwaltung der gesamten Hotels erzielen zu können und so der gegenwärtigen Lage des Hotelgewerbes mit dem Zwang zur möglichst sparsamen Betriebsführung am besten zu entsprechen. Zur Durchführung dieser Transaktion hat sich die Hotelbetriebs A.-G. bereits am Fürstenhof-Komplex interessiert und hofft schon in der bevorstehenden Generalversammlung nähere Mitteilungen über die Erwerbsmodalitäten geben zu können.

Ueble Kavaliere

Sie rauben Wohlfahrtsunterstützung

Eine aufregende Szene gab es gestern vor einem Lokal in der Mariannenstraße. Ein Mädchen schrie um Hilfe und machte Passanten auf zwei Burschen aufmerksam, die sie bestohlen hätten. Der eine von ihnen, ein 30 Jahre alter Willi Sch., konnte festgenommen und der Polizei übergeben werden. Der andere entkam mit einer Beute von 18 M.

Das Mädchen hatte die Zahlstelle der Wohlfahrt in der Urbanstraße am Nachmittag verlassen, als es von einem Manne angesprochen und eingeladen wurde, mit ihm in ein Lokal zu gehen. Das Mädchen wollte erst nicht, ging aber dann doch darauf ein. Man suchte ein Café auf. Der Mann hatte sich „Otto" genannt. In dem Café kam später ein zweiter Mann hinzu, man zog jetzt gemeinsam in ein Lokal in der Urbanstraße. Nachdem man dort eine Weile gesessen hatte, ging es wieder nach der Mariannenstraße zurück. Der eine, Willi, saß mit dem Mädchen in einem Hinterzimmer, während der andere im vorderen Gastraum war und mit dem Wirt sprach. Plötzlich schlug das Mädchen Lärm und kam nach vorn gerannt. Willi folgte ihr. Das Mädchen war von ihm bestohlen worden. Otto und Willi machten jetzt Krach und schlugen auf das Mädchen ein. Der Wirt drängte die Männer hinaus. Als das Mädchen dann das Lokal verließ, draußen um Hilfe rief, und Passanten auf die Beiden aufmerksam machte, fielen die Beiden wieder über sie her und schlugen sie zu Boden. Publikum griff ein und nahm Willi fest, während der andere entkam.

Bei Willi wurden nur 2 M. gefunden. Sein Freund Otto hatte das Geld von ihm zugesteckt bekommen und war geflüchtet.

Auf der Polizei stellte sich heraus, daß man in Willi schon einen gefährlichen Burschen suchte, der zusammen mit anderen schon öfters des Nachts Passanten am Urbanhafen angefallen und gefleddert hatte

Alligatoren schlüpfen aus

Eine Kiste kam aus Florida mit der Adresse des Berliner Aquariums. Als man sie, die vier Wochen unterwegs gewesen war, öffnete, fand man in ihr ein wunderschönes Nest mit Eiern, die je 85 Gramm wogen. Man setzte das Nest mit den Eiern in ein Schaubecken, und seitdem kann das Publikum ganz eigenartige und höchst interessante Lebensvorgänge hinter Glasscheiben beobachten. Aus diesen Eiern arbeiten sich nämlich junge Alligatoren an das Tageslicht. Zwei sind schon da, von denen der eine 39 Gramm und der andere 41 Gramm bei der Ankunft in dieser Welt wogen. Das eine der Alligatorenbabys fraß schon, und zwar am vierten Tage seines Lebens. Es kündet seinen Appetit durch heftiges Schnappen an und bekommt dann Fischstückchen. Diese beiden Erstgeborenen werden bald Gesellschaft bekommen; denn noch andere Alligatoren arbeiten an ihrer Befreiung aus den Eischalen.

Sinfonie-Konzert des Volksbildungsamtes Kreuzberg. Am Freitag, dem 14. Oktober 1932, 20 Uhr, veranstaltet das Volksbildungsamt Kreuzberg im „Orpheum", Hasenheide, Eingang Graefestraße, ein Sinfonie-Konzert. Für die Veranstaltung ist das Berliner Philharmonische Orchester unter Leitung des Dirigenten Alois Melichar verpflichtet worden. Das Programm umfaßt Werke von Bruckner (VII. Sinfonie), Ravel und Strawinsky.

SPORT

Mydlinghoven-Tag in Hoppegarten

Goldmine-Rennen (2200 M., 1800 Meter): 1. Gestüt Mydlinghovens Ilmenau (Knobloch); 2. Immerfort (Grabsch); 3. Heuchler (Svehla). Toto: 18., drei liefen. ½—8 Lg.

Lycaon-Rennen (2800 M., 1200 Meter): 1. Gestüt Mydlinghovens Jahrhundert (Binzeng); 2. Uhlenkopf (Böhlke); 3. Gregorovius (O. Schmidt). Toto: 27. Platz: 10, 11, 10. Ferner liefen: Bestänber (4), Harun, Schloßfrau Bamberg. 2—¾—1½ Lg.

Grenzwacht-Rennen (2200 M., 2200 Meter): 1. Stall Halmas Marcellina (Rastenberger); 2. Wanda (Stein); 3. Romos (Reibl); 4. Siegwart (Sajdik). Toto: 45. Platz: 16, 26, 18, 43. Ferner liefen: Novalis, Ostade, Geranium, Altai, Rustica, Luxus, Tarnschild, Graf. Kopf — ¾ — Hals.

Palestro-Rennen (3900 M., 1400 Meter): 1. Frau M. Stohffs Sopran (Ludwig); 2. Kameradschaft (Starosta); 3. Pommernländer (Varga). Toto: 85. Platz: 29, 23, 43. Ferner liefen: Orfadier (4), Rochus, Enak, Palfrey, Napoleon, Sextus, Verräter. ½ — 1½ Lg.

Preis von Mydlinghoven (3300 M., 2400 Meter): 1. A. Wagners Rosenfürst (Sajdik); 2. Hausgraf (Streit); 3. Liberto (M. Schmidt). Toto: 35. Platz: 22, 48. Ferner liefen: Marie (4), Goliath, Faienza. 2 — Kopf — 1½ Lg.

Schnellfeuer-Rennen (2200 M., 1000 Meter): 1. M. Pfeffers Mascotte (Printen); 2. Paradies (Tarras); 3. Luftklappe (Narr). Toto: 190. Platz: 27, 42, 23. Ferner liefen: Dennoch (4), Gambrinus, Chilos, Seavola, Demut, Monila, Pillau, Fiorina. 1 — 1½ — 2 Lg.

Trajova-Rennen (2200 M., 1600 Meter): 1. Dr. A. Bodmers Wanderdünne (Stein); 2. Liebesfeuer (Hannes); 3. Mausi (M. Schmidt); 4. Meisterstück (Rastenberger). Toto: 86. Platz: 21, 17, 18, 21. Ferner liefen: Eiland, Irrgarten, Loe, Altenberg, Morgenwind, Hoheit, A. D. R., Bolaschin. 1 — ¾ — Kopf. Doppelwette: Marcellina-Rosenfürst 202 : 10.

Auch am Abend eine gute MAGGI-Suppe: sie ist billig, nahrhaft und bekömmlich

Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!

Siebzig Löwen

Kapitän Schneider und seine Tiere

Unter der Not unserer Zeit hat auch der deutsche Zirkus schwer zu leiden. Er ringt schwer um seine Existenz. So erfuhr die deutsche Oeffentlichkeit, daß auch der Zirkus des berühmten Löwen-Dompteurs Schneider in Italien in Konkurs geraten war. Der Mann hat sich aber wieder aufgerappelt, er ist mit siebzig seiner Löwen in Berlin, wo er sie ab 16. Oktober im Zirkus Busch den Berlinern wieder vorführen wird.

In Rom wurde Zirkus Schneider vom Schicksal ereilt, als durch die Devisensperre Deutschlands die italienischen Theaterbesitzer es durchsetzten, daß die deutsche Vorstellung geschlossen werden mußte. Als auch später in Neapel durch ungünstige Wetterverhältnisse der Besuch nur gering war, konnten die hohen Kosten nicht mehr aufgebracht werden und es kam zum Konkurs.

Aber trotz aller anders lautenden, wilden Gerüchte waren durch bereitwillige Spenden wenigstens Menschen und Vieh des Unternehmens gut versorgt. Den in dreißigjähriger Arbeit mühselig erzogenen Löwen drohte jedoch ein bitteres Ende. Sie sollten erschossen oder in Afrika freigelassen werden, was nach so langer Gefangenschaft mindestens ebenso grausam wie der Tod gewesen wäre. Da nahm der Pariser Manager Jeff Dickson die Löwenschau in seine Regie, ohne jedoch genügend Geschick darin zu haben, um daraus einen Kassenerfolg zu erzielen. Mit Hilfe von Freunden und Verwandten konnte nun Kapitän Schneider seine einzigartigen Löwen wieder für Deutschland zurückgewinnen.

Es ist das besondere Prinzip dieses Mannes, seine Tiere nicht mit Peitsche und Quälerei zu „dressieren", sondern sie langsam, von Jugend an zum Zirkus zu erziehen. Bei einer Fütterung der Löwen konnte man beobachten, wie liebevoll und mit Sorge Kapitän Schneider seine Schützlinge behandelt, die zum großen Teil aus eigener Zucht stammen. Auch auf dem Wege nach Berlin wurden einige Junge geboren, von denen zwei der freßgierigen Löwenmutter entzogen wurden und nun künstlich mit der Milchflasche weiter ernährt werden.

Amerika will Bier

Hoffnung auf Ende der Prohibition

Die feste Zuversicht der Amerikaner, daß die kommenden Wahlen in den Vereinigten Staaten zu einer Aufhebung der Prohibition führen werden, kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß schon jetzt bei den deutschen Brauereien umfangreiche Bierbestellungen aus amerikanischen Gastwirtskreisen eingehen. So bestellte dieser Tage ein Hotelier aus Uniontown (Pennsylvania) beim Hofbräuhaus Würzburg nicht weniger als 50 Fässer Bier, die auf Abruf bis zum Frühjahr 1933 geliefert werden sollen, zu welchem Zeitpunkt man die Aufhebung der Prohibition erwartet.

Schafft Radfahrwege!

Richtlinien hätten wir nun

Der Brandenburgische Provinzialausschuß hatte in einer Sitzung die „Gewährung von Zuschüssen bei Herstellung selbständiger Radfahrwege außerhalb des Chausseegeländes durch Dritte" beschlossen. Dazu sind jetzt Richtlinien erschienen, denen wir folgendes entnehmen:

Zuschüsse werden grundsätzlich nur für die Herstellung solcher Radfahrwege gewährt, die außerhalb des Chausseegeländes und nur soweit sie außerhalb von Ortschaften liegen. Die Zuschüsse werden an Gemeinden, sonstige öffentlich-rechtliche Körperschaften und Radfahr- oder ähnliche Vereine gegeben. Maßgebend für die Gewährung eines Zuschusses ist das Interesse, das die Provinz an der Herstellung des betreffenden Radfahrweges hat. Es wird seitens der Provinz von Fall zu Fall geprüft, ob der Radfahrerverkehr auf der betr. Provinzialchaussee so stark ist, daß die Abteilung der Radfahrer auf einen Sonderweg zur Erhöhung der Verkehrssicherheit wünschenswert ist, und ferner, ob die Radfahrer durch den Radfahrweg tatsächlich von der Provinzialchaussee ferngehalten werden. Der Hersteller muß sich ferner verpflichten, die ständige Unterhaltung des Radfahrweges mit Nebenanlagen (Brücken, Durchlässen usw.) zu übernehmen. Der Radfahrweg, zu dessen Herstellung ein Zuschuß gewährt wird, muß mindestens 1,50 Meter breit sein. Die Höhe des Zuschusses beträgt ein Drittel der Anlagekosten, jedoch höchstens 0,60 M. je Quadratmeter der Fahrbahn des Radfahrweges. Die Gewährung von Zuschüssen ist nur möglich, soweit hierfür Mittel im Haushaltsplan der Provinz zur Verfügung stehen.

Die deutschen Radfahrer sind zu den Erfolgen ihrer Propaganda für Radfahrwege zu beglückwünschen. Wann aber werden sich die großen deutschen Touristen-, Wander-, Heimat- und Jugendverbände zu gemeinsamer Arbeit zusammenfinden, um zu erreichen, daß auch dem deutschen Fußwanderer endlich sein Recht werde und er durch Anlegung besonderer Wanderwege von dem Zwang befreit wird, die Chausseen zu benutzen, die mehr und mehr zu reinen Autostraßen werden.

Arbeitereinstellungen bei Lumophon. Wie wir hören, sind bei Bruckner u. Stark, der Herstellerfirma der bekannten Lumophon-Erzeugnisse in den letzten Wochen an 500 Arbeiter und Angestellte eingestellt worden. Mit Rücksicht auf die gute Entwicklung des Geschäftes hofft man zuversichtlich, schon in Kürze weitere, umfangreiche Neueinstellungen vornehmen zu können.

Bittere Not vor den Toren

Verzweifelter Existenzkampf der Bernauer Erwerbslosen

Bereits in der Vorortbahn nach Bernau sprechen die Menschen über die Not. Jeder entwickelt sein Rezept, wie das Land wohl zu heilen wäre, aber wenn der Zug in Bernau einläuft, sind wenige Augenblicke später alle Rezepte im Winde zerstoben. Die Krise hat Bernau ungemein hart angefaßt. Schon der bloße Augenschein vermittelt ein betrübliches Bild: nirgendwo in der Umgebung Berlins wird man so dürftig gekleidete und buchstäblich ausgemergelte Männer und Frauen finden wie in der alten Hussitenstadt. In Gruppen stehen die Arbeitslosen auf der Straße und klagen jedem, der es hören will, ihr Leid. Und es stimmt: in der Spitzengruppe der am schwersten von der Krise betroffenen deutschen Städte findet sich auch Bernau.

Es ist das Unglück Bernaus, überwiegend Wohnstadt zu sein. In der Konjunktur fuhren die Männer morgens nach Berlin zur Arbeit und seitdem es nun in Berlin kaum noch etwas zu verdienen gibt, bleibt Bernau Tag um Tag zu Hause. In anderen Kleinstädten der Mark schleppen sich da und dort wenigstens noch ein paar Industriewerke durch die Krise und geben ihren Arbeitern notdürftig Lohn und Brot. Aber die wenigen Handschuhfabriken von Bernau, das eine chemische Werk und die Fleischfabrik von Hobrechtsfelde können unmöglich die 11 000 Einwohner von Bernau ernähren. Was sonst noch an Handwerk in Bernau ist, die Holzbildhauerei und die Handweberei, das war eigentlich schon vor der Krise tot. Auch das einzige Sägewerk liegt still. So stand der Bürgermeister in der letzten Stadtverordnetensitzung von Bernau auf und sagte, die Stadt hätte jede Woche 8000 M. an Unterstützungen auszuzahlen, er wisse nicht mehr, wo das Geld aus dem armen Bernau herkommen soll. Wir schwer die Lage ist, zeigt noch ein anderes Symptom: man unterhielt sich unlängst über eine Winterhilfe für Bernau. Aber man mußte feststellen, daß eine Kleidersammlung in der Stadt so gut wie zwecklos wäre, man könne in Bernau kaum noch eine alte Jacke auftreiben!

Den Bernauer Sozialdemokraten fällt in dieser schweren Situation eine außerordentliche Aufgabe zu. Sie fechten gegenwärtig einen erbitterten Kampf um die Erhaltung der sozialpolitischen Errungenschaften aus: um das Kinderheim und um die Volksküche. Es ist bezeichnend, daß das Bernauer Bürgertum ausgerechnet gegen diese beiden Institute vorstößt: beider Schließung wird verlangt, das Personal des Kinderheims ist sogar schon gekündigt. Dabei spielen in dem 2¼-Millionen-Etat Bernaus die Kosten für das Heim und die Küche wahrhaftig keine erhebliche Rolle. Das Kinderheim kostet jährlich etwa 8500 M., wovon 2000 M. durch Einnahmen wieder zurückfließen. Und die Volksküche verursacht jährlich 17 000 M. Ausgaben, wovon aber auch wieder 10 000 M. durch Verkauf der Essenportionen wieder einkommen. Wird das Heim geschlossen, müßten 110 arme Kinder auf die Straße, und wird die Küche geschlossen, würden im bevorstehenden Hungerwinter mehrere hunderte Bernauer kein warmes Mittagessen mehr haben.

Aber das Realgymnasium, in das die Bürger ihre Kinder schicken, das kostet 57 000 M. im Jahr, ohne daß man an Abbau denkt. Dafür sollen das Kinderheim und die Volksküche daran denken. Bis in die stillsten Landstädtchen stößt die Reaktion jetzt vor. Aber die Sozialdemokraten auf dem flachen Lande werden unermüdlich ihre Pflicht tun, auch in der Abwehr.

100 Personen abgestürzt

Unfall bei einem Fußballspiel

Rom, 11. Oktober.

Während einer Fußballpartie in Messina hatten sich Hunderte von Sportbegeisterten auf die Dächer der den Spielplatz umsäumenden Häuser begeben. Auf dem Blechdache eines ehemaligen Schlachthauses hatten sich allein etwa 250 Personen jeden Alters angesammelt. Da die Balken, die das Blech trugen, morsch waren, brach das Dach während des Spiels zusammen. Etwa 100 Personen stürzten in die Tiefe; 41 zogen sich Verletzungen zu.

Lehrer studieren Verkehr

Zur Förderung der Verkehrsunfallverhütung hatte die Reichsbahndirektion 100 Berliner Lehrer zur Besichtigung ihrer Unterrichtswerkstätten, Uebungsstellwerke und Lehrsäle in der Zentralschule Brandenburg-West eingeladen. Die Fahrt von Berlin nach Kirchmöser erfolgte in Unterrichtswagen der Reichsbahn, in denen während der Fahrt Vorführungen stattfanden, die Reichsbahnrat Dr. Cowé leitete. In seinen Dankesworten an die Reichsbahndirektion zeigte Berufsschuldirektor Kern insbesondere für die Berliner Berufs- und Fachschulen den Fortschritt in der Verkehrserziehung und betonte die Notwendigkeit, die Arbeiterjugend stetig in der Verkehrsunfallverhütung zu schärfen.

Die nächsten Pilzexkursionen, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für Pilzkunde, finden unter Führung von Studienrat Hennig, an folgenden Tagen statt: 1. Donnerstag, 13. Oktober. Von Dahlewitz in die Zühnsdorfer Heide. Ab Potsdamer Bhf. 9,21, an Dahlewitz 9,56. 2. Sonnabend, 15. Oktober. In den Grunewald. Endhaltestelle der Straßenbahn 43 um 1 Uhr. 3. Sonntag, 16. Oktober. In den Wildpark. Ab Potsdamer Fernbhf. 9,25, an Wildpark 10,06; wissenschaftl. Ausflug, keine Sammelgelegenheit. 4. Dienstag, 18. Oktober. Von Königswusterhausen bis Schmöckwitz. Ab Görlitzer Bhf. 9,46, Schöneweide 9,50, Königswusterhausen 10,05. 5. Donnerstag, 20. Oktober. Von Velten durch den Krämer bis Finkenkrug. Ab Stettiner Vorortbhf. 9,07, Gesundbrunnen 9,11, Velten 9,48.

Renegat als Redner

„Massenversammlung" der Nazis

Täglich berichtet das Berliner Naziblatt in einem besonderen Abschnitt über die „Massenversammlungen" der Nazis. Nach diesen Berichten geht es nur aufwärts in der Bewegung und die Leute strömen nur so zu den Heilsboten des Dritten Reiches. Schaut man sich mal mit eigenen Augen den Schwindel an, so ergibt sich ein wesentlich anderes Bild.

Am Freitagabend fand im Parkrestaurant Südende eine solche Massenkundgebung statt. Der „langjährige" „Vorwärts"-Redakteur, der in Wirklichkeit nur ein paar Wochen verantwortlich gezeichnet hat, der jetzige Pg. Unger-Winkelried, wurde in großer Aufmachung als Redner propagiert.

Um 8.15 Uhr sollte es losgehen, aber der Saal war um diese Zeit noch so leer, daß man vorläufig SA.-Märsche auf Schallplatten spielte, um die Anwesenden zu unterhalten. Aus weiser Vorsicht hatte man schon große Tische in den Raum gestellt, und von politischer Kampfstimmung war in dieser Ansammlung von Pgs. und ihrem Familienanhang wenig zu spüren. Zur Vertuschung der allgemeinen Finanzpleite wurden die Besucher förmlich von Geldsammlern, Bausteinverkäufern und Zeitungshändlern belagert, ohne daß allerdings selbst die hakenkreuzgeschmückten „Herrschaften" aus dieser feudalen Gegend sich allzu splendibel zeigten. Als um 8.45 Uhr der Redner mit dem Vorstand erschien, waren immer noch reichlich Plätze in dem kleinen Saale frei, auf die nun die uniformierten SA.-Leute befohlen wurden. Die Redereien des ehemaligen „Sozialdemokraten" erwiesen sich als phantasievolle Ergüsse eines schwachen Gehirns. So meinte er, die Arbeiterinternationale sei nur zur Unterdrückung der deutschen Arbeiterklasse geschaffen worden und in Deutschland dürfe es keinen Klassenkampf mehr geben, sondern nur noch gemeinsame Abwehr gegen das Ausland.

In den Schlußworten wurden die relativ zahlreichen Frauen in pastoralem Ton ermahnt, nicht in politischer Hinsicht zu arbeiten, sondern ihre gottgegebene Pflicht als Hausfrau und Mutter zu erfüllen. Es wurden also auch von dem „Schaustück" Unger nichts weiter als die ollen Kamellen der Nazis vorgebracht, mit denen heute nur noch treue Pgs. und die bezahlte SA. angelockt werden können.

Ich weiß nicht, was soll es..

Um die Straßenreinigung

Ein Leser schreibt uns:

Es klingelt. Draußen steht ein freundlich lächelnder Schupo (NB. Wann hat in der Vorkriegszeit, vom Krieg nicht zu reden, je ein Schutzmann den „Unteran" freundlich angelächelt?) und hält mir eine umfangreiche Karteikarte entgegen, die ich ausfüllen soll. Er holt sie wieder ab, sagt er. Auf der Karte steht: „Auf Grund des § 2 der Polizeiverordnung vom 21. Januar 1930 betr. Straßenreinigung (Amtsblatt S. 43) übernehme ich die öffentlich-rechtliche Verpflichtung zur Beseitigung des Schnees und des Eises und zur Bestreuung mit abstumpfenden Stoffen bei Winterglätte auf den Gehbahnen vor dem Grundstück"... Nunmehr soll meine Unterschrift folgen. Der Vordruck bezieht sich auf eine Verordnung vom Jahre 1930. Ich wohne aber schon länger als seit 1930 in meinem bescheidenen Siedlerhäuschen. Weder 1930 noch 1931 ist mir jemals eine solche Karte zur Unterschrift vorgelegt worden. Die Bürgersteige von Schnee und Eis zu reinigen war ich immer schon verpflichtet. Warum soll ich plötzlich 1932 mich noch extra schriftlich dazu verpflichten? Ebenso gut könnte man mich ja auch schriftlich verpflichten wollen, die Bestimmungen des Strafgesetzbuches und des Bürgerlichen Gesetzbuches zu erfüllen. Was hat also diese polizeiliche Sonderaktion zu bedeuten? Vielleicht antwortet das Polizeipräsidium!

Der fliegende Teppich

Eine besondere Anziehung der „Deutschen Luftsport-Ausstellung" stellt die Abteilung „Der fliegende Teppich" in der Haupthalle der deutschen Luftfahrzeugindustrie dar. Das Institut für Werbepsychotechnik in Berlin unter Leitung des bekannten Psychologen Doz. Dr. R. W. Schulte und der als Kampfflieger und Mitarbeiter von Udet bekannte Chefpilot Richard J. Kern zeigen in gemeinsamer Arbeit an dem Beispiel des „fliegenden Teppichs" die Möglichkeiten und Wege der neuzeitlichen Flugwerbung. Gerade das Luftfahrzeug, und ganz besonders das Flugzeug im Kunstflug, erregt die Aufmerksamkeit breiter Publikumsmassen, zumal auch der Jugend. Flugzeugpropaganda ist aber nicht nur eine besonders wirksame, sondern soll auch eine besonders rationelle und preiswerte Propaganda gegenüber anderen Werbemitteln sein.

Wetter für Berlin: Wolkig, milde, ohne erhebliche Niederschläge, schwache Luftbewegung. — **Für Deutschland:** Im Nordosten noch Regenfälle. Im übrigen Deutschland wechselnd bewölkt ohne erhebliche Niederschläge, mild, schwachwindig.

Trinkt Fachinger. Verlangen Sie nicht kurzweg „ein Wasser", sondern stets ein gutes rein natürliches Mineralwasser, das die Gesundheit fördert und gleichzeitig auch herrlich schmeckt, wie z. B. Staatl. Fachingen, das Gesundheitswasser von Weltruf!

Brunnenvorschriften durch das Fachinger Zentralbüro, Berlin 87, W 8, Wilhelmstr. 55. Erhältlich in Mineralwasserhandlungen, Apotheken, Drogerien usw., sowie bei der Versandstelle der Staatsquellen Fachingen und Niederselters, Berlin SW 11, Schöneberger Straße 16 a, Telephon: (B 2) Lützow 8260–61.

Thyssens kranker Stahlverein

Katastrophale Schrumpfung des Umsatzes

Herr Fritz Thyssen, Großaktionär des Stahlvereins, hat kürzlich auf der Genralversammlung des „Phönix" erklärt, daß die Schwerindustrie nur eine fünfzigprozentige Ausnutzung ihrer Leistungsfähigkeit brauche, um wieder mit Gewinnen zu arbeiten.

Herr Thyssen hat damit für die Schwerindustrie, in erster Linie aber für den Stahlverein, die Parole ausgegeben, daß die Herren von Kohle und Eisen nach wie vor auf ihrer Sanierungsscheu beharren. Er hat damit demonstriert, daß man auch in dem Direktorium des Stahlvereins, dessen schwere Krisenkrankheit schon vor einem Jahr zutage trat, gar nicht daran denkt, das zur Gesundung der Unternehmer notwendige Kapitalopfer in Form einer scharfen Zusammenstreichung des Aktienkapitals von 775 Millionen Mark zu bringen.

Jetzt hat der Stahlverein, die Vereinigte Stahlwerke A.-G. Düsseldorf, seinen Quartalsbericht für die Zeit vom 1. Juli bis 30. September 1932 veröffentlicht. Damit schließt das vom 1. Oktober bis 30. September reichende Geschäftsjahr des Stahlvereins ab und somit lassen sich die Krisenauswirkungen bei diesem Riesenunternehmen bereits übersehen, wenn auch Bilanz und Geschäftsbericht erst nach einigen Monaten erscheinen werden.

Die Produktion ist gegenüber dem vorhergehenden Quartal (April bis Juni) auch in den vergangenen Monaten weiter gesunken, wenn auch in den Bergbaubetrieben der Förderrückgang nahezu zum Stillstand gekommen ist. Die Kohlenförderung betrug 3,38 gegen 3,43 Millionen Tonnen und die Koksproduktion 0,89 gegen 0,95 Millionen Tonnen. Erheblich stärker dagegen war noch der Produktionsrückgang in den Eisenbetrieben. Die Leistungen der Hochöfen sanken von 0,51 auf 0,45 Millionen Tonnen und die Rohstahlerzeugung von 0,60 auf 0,44 Millionen Tonnen. Die Gesamtproduktion betrug:

	1931/32	1930/31	1929/30
	in Millionen Tonnen		
Kohle . . .	14,28	18,36	25,7
Koks . . .	3,86	5,67	9,33
Roheisen . .	2,09	3,28	5,29
Rohstahl . .	2,19	3,69	5,33

Seit dem bereits von der Krise beeinflußten Geschäftsjahr 1929/30 ist also die Kohlenförderung um 45 Proz., die Koksproduktion um nahezu 60 Proz. und die Eisen- und Stahlerzeugung um reichlich 60 Proz. gesunken. Noch deutlicher als in den Produktionsziffern spiegelt sich die innere Krankheit des Stahlvereins in der rapiden Abwärtsentwicklung der Jahresumsätze wider. Seit dem letzten Konjunkturjahr 1928/29 (das Geschäftsjahr des Stahltrust rechnet vom 1. Oktober bis 30. September) betrug der Jahresumsatz

	in Millionen Mark
1928/29	1 445,3
1929/30	1 261,5
1930/31	849,1
1931/32	522,5

In diesen vier Jahren ist also der Umsatz des Stahlvereins um 923 Millionen Mark oder 64 Proz. zusammengeschrumpft. Allein im abgelaufenen Geschäftsjahr 1931/32 betrug der Umsatzschwund nahezu 39 Proz.

Ungeheuerlich sind die Krisenopfer, die

die Belegschaft des Stahlvereins

bei dieser Entwicklung zu bringen hatte. Im September 1929 waren in den Betrieben noch 176 716 Mann beschäftigt, im September 1930 noch 137 708, im Herbst vergangenen Jahres nur noch 97 090, und zur Zeit ist die Gesamtbelegschaft des Stahlvereins auf 81 768 Arbeiter gesunken. In der gleichen Zeit ging die Zahl der Angestellten von 15 331 auf 11 343 Personen zurück.

Die Führung des Stahlvereins ist bisher jeder Sanierung ausgewichen. Die schon vor einem Jahre fällige Zusammenstreichung des 800-Millionen-Kapitals ist bisher unterblieben und nach der letzten Rede von Fritz Thyssen scheint man in den Kreisen der Stahlvereinsbesitzer weniger denn je an das notwendige Krisenopfer des Kapitals zu denken.

Wir möchten angesichts des katastrophalen Umsatzschwundes bei diesem mächtigsten deutschen Eisenkonzern einige Zahlen aus der vorjährigen bilanz in Erinnerung bringen, die einen

Anhaltspunkt für die bevorstehende Krisenbilanz

des Stahlvereins bieten. Im vergangenen Jahr, als die Eisenkrise längst noch nicht ihren Höhepunkt erreicht hatte, war die gesamte Schuldenlast des Stahlvereins von 911 auf 961 Millionen Mark gestiegen. Die Verwaltung hatte mit Mühe und Not noch für 1930/31 einen Rohüberschuß von 151,3 Millionen Mark errechnet. Nach Abzug der Zinsen, sozialen Abgaben und Steuern, sowie der Abschreibungen wurde im letzten Jahr ein Verlust von rund 19 Millionen Mark ausgewiesen. Dieser Verlust ist aber nur dadurch künstlich niedriggehalten worden, daß

die notwendigen Abschreibungen auf die Werksanlagen von 80 auf 43 Millionen Mark rigoros gekürzt

wurden, obwohl schon die Abschreibungen von 80 Millionen Mark, die man im vorhergehenden Jahr vorgenommen hatte, im Interesse einer Prestigedividende von 4 Proz. einen erheblichen Abstrich erfahren hatten.

Diese schon sehr problematischen Bilanzzahlen vom letzten Jahr beruhten aber immerhin noch auf einem Jahresumsatz von knapp 850 Millionen Mark, während in dem abgelaufenen Jahr fast 40 Proz. weniger, nämlich nur 522,5 Millionen Mark umgesetzt wurden.

Wenn es auch dem Vögler-Direktorium mit Hilfe schärfsten Lohndruckes und rücksichtslosen Belegschaftsabbaues gelungen ist, die Personalkosten stark zu drosseln, so ist es für ein so mechanisiertes Mammutunternehmen wie dem Stahltrust eine Unmöglichkeit, die Betriebsunkosten in dem gleichen Tempo abzubauen, wie sich der Umsatzschwund vollzieht. Bei 522 Millionen Umsatz dürfte daher schon der Bruttoüberschuß auf ein Minimum gesunken sein. Von einer Deckung der Zinslasten, den Sozialabgaben und Steuern kann keine Rede sein.

Hier allein werden sich Verluste ergeben, die an die 100-Millionen-Grenze heranreichen.

Dazu kommt das seit Jahren vernachlässigte Abschreibungsproblem! Die Anlagen des Stahltrust stehen mit mehr als 1,4 Milliarden Mark zu Buche, die Abschreibungen, die seit der Gründung des Trusts vorgenommen wurden, betragen 405 Millionen Mark. Der Nettowert der Anlagen beträgt also noch rund eine Milliarde. Ein Teil der Werksanlagen aber, seit Jahr und Tag nicht mehr in Betrieb, stellen nichts anderes als

Fabrikruinen mit Schrottinventar

dar und dies gilt für Anlagen und Beteiligungen, die heute noch mit mehreren hundert Millionen Mark in der Bilanz aktiviert sind. Wenn im Stahltrust eine kaufmännisch einwandfreie Bilanz aufgemacht würde, dann könnte sich ergeben, daß die in der Oeffentlichkeit genannte Sanierungsaktion einer Zusammenstreichung des Aktienkapitals im Verhältnis 10 : 3 noch völlig unzureichend ist, um für diesen kranken Mammutkonzern wieder eine gesunde Grundlage zu schaffen. Eine noch mildere Kapitalsanierung, wie sie von den schwerindustriellen Interessenhaufen propagiert wird, wäre von vornherein erfolglos und trüge den Keim zu neuen Störungen in sich.

Ein solcher Koloß auf tönernen Füßen muß natürlich jede Wirtschaftsankurbelung illusorisch machen.

Er bildet einen Unruheherd, dessen deprimierenden Ausstrahlungen um so stärker jede aufkeimende Belebung zerstören müssen, je länger mit der schon seit einem Jahr fälligen Sanierung gewartet wird.

Hat man in der Regierung an der bisherigen Vertrauenskrisis noch nicht genug? Will man den zahllosen Gerüchten und Kombinationen, die über den Stahlverein und gewisse Verwaltungsvorgänge im Umlauf sind, immer neue Nahrung geben, indem man die Zügel schleifen läßt? Ueber seinen Aktienbesitz bei Gelsenkirchen besitzt das Reich Einfluß bei dem Stahlverein. Es ist seine Pflicht, hier nach dem Rechten zu sehen und für eine Sanierung nach volkswirtschaftlichen Grundsätzen zu sorgen. Einen schwachen und kranken Wirtschaftskörper kann man durch Einflößen belebender Mittel nicht heilen, wenn man sich scheut, die fressenden Geschwüre durch einen scharfen Schnitt zu beseitigen.

Rußlands Maschineneinfuhr

Deutschland ist der weitaus wichtigste Lieferant

Daß die Lieferungen für Rußland an Eisen, Stahl und Maschinen für die Industrien der hochkapitalistischen Länder, die von der Krise heimgesucht werden, von großer Bedeutung geworden sind, ist bekannt. Ueber die Entwicklung der russischen Maschineneinfuhr gibt der „Maschinenbau", Zeitschrift des Vereins Deutscher Maschinenbauanstalten, interessante Ziffern.

Die gesamte russische Maschineneinfuhr war von 208,7 Mill. Rubel im ersten Halbjahr 1930 auf 226,2 Mill. Rubel im ersten Halbjahr 1931 gestiegen; im ersten Halbjahr 1932 betrug sie 173,9 Mill. Rubel oder etwa ein Viertel weniger als im Vorjahr (ein Goldrubel gleich 2,15 Mark). Der Rückgang hängt mit der allgemeinen Drosselung der russischen Einfuhr zusammen, da infolge der Passivität der Handelsbilanz die Devisen für die Einfuhr kaum aufzubringen sind.

Wichtig ist, daß in der Einfuhr nach Maschinenarten

eine starke Veränderung

eingetreten ist. Während in den Jahren 1930 und 1931 die Einfuhr an Landmaschinen und Traktoren fast die Hälfte der gesamten Maschinenausfuhr ausmachte, sind in diesem Jahre so gut wie keine Landmaschinen und Traktoren mehr eingeführt worden (für rund eine Million Rubel). Praktisch wurden also in diesem Jahre nur noch Maschinen (und Maschinenteile) für die Industrie (Werkzeugmaschinen, Hebekräne usw.) eingeführt. Obwohl die gesamte Maschineneinfuhr von 1931 zu 1932 gesunken ist, ist die Einfuhr von Industriemaschinen erheblich, von 85,1 auf 132,7 Mill. Rubel gestiegen.

Die Folge dieser Veränderung ist eine völlige Verschiebung des Anteils der Lieferländer. Während in den Jahren 1930 und 1931 die Vereinigten Staaten mehr als die Hälfte aller eingeführten Maschinen lieferten, ist im Jahre 1932

Deutschland der weitaus größte Lieferant

geworden. Im ersten Halbjahr 1932 stammten aus Deutschland 59,4 Proz. aller Maschinen im Werte von 103,2 Millionen Rubel oder 221,9 Mill. Mark, während es in den früheren Jahren nur 24,4 bzw. 31,8 Proz. waren. Der Anteil der Vereinigten Staaten hat sich von 59,4 Proz. im Jahre 1930 auf 5,1 Proz. ermäßigt, während der Englands ebenfalls stark, von 4,8 auf 20,1 Proz., gewachsen ist. Der starke Rückgang der amerikanischen Einfuhr hängt natürlich auch mit den politischen Gegensätzen (Frage der Anerkennung der Sowjetunion durch Amerika) zusammen.

Von der gesamten Einfuhr von Industriemaschinen und Apparaten kommen fast zwei Drittel, 84,1 von 132,7 Mill. Rubel, aus Deutschland. Der Anteil an der deutschen Einfuhr von Maschinenteilen beläuft sich auf etwa 45 Proz. (18,6 von 40,1 Mill. Rubel). Bemerkenswert ist, daß Deutschland jetzt auch in der (an sich geringen) Einfuhr von Landmaschinen und Traktoren an erster Stelle steht.

Neben den drei genannten Lieferländern spielen die übrigen Staaten eine verhältnismäßig unbedeutende Rolle. Interessant ist aber doch, daß die Lieferungen aus der Tschechoslowakei, aus Italien und Schweden verhältnismäßig stark zugenommen haben. Dagegen ist die Maschineneinfuhr aus Frankreich von 1931 zu 1932 auf ein Sechstel zurückgegangen.

Um Karstadt

Obligationäre gegen Großbanken

Die deutschen Inhaber von Stücken der Obligationen-Anleihe, die die Karstadt-A.-G. in Amerika aufgenommen hatte, hielten in Hamburg eine Versammlung ab, in der sie ihren Unmut über das Vorgehen der Karstadt-Verwaltung und der Großbanken abluden.

Man wehrte sich vor allem dagegen, daß die Karstadt-Verwaltung zuerst von den gesicherten Obligationären und nicht von den ungesicherten Gläubigern zur Sanierung Opfer verlange. Zuerst seien doch wohl die Großbanken an der Reihe, die ja die Mitverantwortung für die von Karstadt befolgte Geschäftspolitik trügen. Die Großbanken müßten auch endlich ihre Verträge mit Karstadt veröffentlichen und klarlegen, wie weit sie sich für ihre Kredite gesichert hätten.

Wenn auch die Obligationäre vorläufig eine Einigung mit der Verwaltung anstrebten, um den Konkurs zu vermeiden — soviel sei sicher, daß die Obligationäre gerade im Konkurs eine sehr gute Stellung hätten. Denn für ihre Forderungen sind ja die Hauptgrundstücke mit Inventar verpfändet. Die Obligationäre verlangen die Vorlage eines vollständigen Sanierungsprogramms, in dem die Opfer für jede Gruppe festgelegt werden. Ein Zugeständnis (für Verzinsung und Tilgung der Anleihe), das lediglich der Verbesserung der Stellung der Großbanken diene, könne von den Obligationären nicht erwartet werden.

Dividende trotz Verlust!

Versteckte Gewinne bei Kabelwerk Rheydt

Die Kabelwerk Rheydt A.-G. in Rheydt klagt in ihrem Geschäftsbericht über die Entwicklung des Umsatzes, der mengenmäßig um 30 Proz., wertmäßig sogar um 50 Proz. gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sei. Dementsprechend hat das am 30. Juni zu Ende gegangene Geschäftsjahr mit einem Betriebsverlust abgeschlossen.

Gleichwohl wird eine Dividende von 5 Proz. verteilt. Wie ist das möglich? Man hat endlich einen Teil der in früheren Jahren verdienten Gewinne aufgedeckt. Denn zahlreiche deutsche Unternehmen haben in den guten Jahren klotzig verdient und gleichzeitig gegen die angeblich zu hohen Löhne gehetzt. Damals war die Verwendung der überhohen Gewinne zur „Selbstfinanzierung" die große Mode, und diese Mode hat viel dazu beigetragen, die Ueberkapazität in der deutschen Industrie zu steigern.

Das Kabelwerk Rheydt hat immerhin für das Vorjahr 8 Proz. und für das Jahr 1929/30 12 Proz. Dividende verteilt. Jetzt wird das Warenlager plötzlich mit 1,5 Mill. Mark gegenüber nur 0,4 Mill. Mark im Vorjahr ausgewiesen — ein Zeichen dafür, wie hoch die deutschen Unternehmer das Prinzip der Bilanzwahrheit einschätzten oder einschätzen.

Billiges Geld

Für die englische Regierung

Die neue 150 Mill.-Pfund-Anleihe wurde am 11. Oktober zur Zeichnung aufgelegt. Die Listen wurden sofort wegen Ueberzeichnung wieder geschlossen.

Es ist erst wenige Wochen her, daß die englische Regierung das Wagnis unternahm, den Besitzern der englischen Staatsanleihen eine Herabsetzung des Zinssatzes von 5 auf 3,5 Proz. anzubieten. Diese Zinsherabsetzung (Konversion) betraf die Riesensumme von 30 Milliarden Mark und endete mit einem großen Erfolg; noch nicht 5 Proz. der Kapitalsumme wurde in bar zurückgefordert.

Jetzt legt die englische Regierung eine neue Anleihe auf, und zwar für 150 Mill. Pfund oder etwa drei Milliarden Mark. Diese Anleihe wird mit nur zwei Prozent verzinst; sie wird in den Jahren 1935 bis 1938 zurückgezahlt. Ein Teil dieser Anleihe wird den Besitzern der 4½prozentigen Schatzanleihe, die Ende dieses Jahres zu tilgen war, zum Umtausch angeboten. Der Rest soll auf dem Kapitalmarkt neu gezeichnet werden. Das dafür eingehende Geld soll vermutlich zur Auszahlung der Stücke dienen, für die bei der großen Konversion die Rückzahlung gefordert wurde. Allerdings reichen dafür die aus dieser Anleihe eingehenden Beträge noch nicht aus.

Diese starke Entlastung des englischen Haushalts von Zinszahlungen, die Auflegung einer so niedrig verzinslichen Anleihe sind möglich, weil auf den internationalen Kapitalmärkten bei niedrigen Zinssätzen ein großes Geldangebot besteht. Für Privatdiskonten, für Wechsel allererster Firmen und Banken, erhält man in Berlin Geld zu knapp 4 Proz. Zinsen. Der Privatdiskontsatz in Paris steht aber auf 1 Proz., in London und New York unter 1 Proz. und in Amsterdam gar bei ¾ Proz. Die Geldfülle und die niedrigen Zinssätze auf den internationalen Märkten bleiben vorläufig die einzigen Silberstreifen am Konjunkturhorizont der Weltwirtschaft.

USA.-Automobilerzeugung

Die Automobilproduktion Amerikas ist im September weiter auf 79 000 Personen- und Lastkraftwagen zurückgegangen gegen 90 000 Wagen im Vormonat und 180 000 Stück im September vorigen Jahres. Damit stellt sich die Gesamtproduktion der ersten drei Quartale des laufenden Jahres auf nur 1,19 Millionen Wagen gegen 2,24 Millionen in der gleichen Zeit des Vorjahres, 3,05 Millionen in den ersten drei Quartalen 1930 und 4,87 Millionen Stück in den ersten neun Monaten 1929.

Belebter Eisenmarkt

Die Entwicklung im September

Der Stahlwerksverband, das Spitzenkartell der Eisensyndikate, meldet eine leichte Belebung der Eisenmärkte im Monat September.

Der Auftragseingang für Halbzeug hatte sich im Inlande noch nicht wesentlich verändert, jedoch stehen die angekündigten Reichsbahnaufträge für den kommenden Monat in Aussicht. Der Auslandsmarkt war durch stärkere Nachfrage aus England fester. Dies dürfte damit zusammenhängen, daß Ende Oktober die Frist für die bisherigen Eisenzölle abläuft und man noch nicht weiß, wie die künftigen Zölle in England aussehen werden. Die Preise zogen etwas an.

Für Formeisen machte sich eine stärkere Nachfrage des Inlandes bemerkbar, und auf den Auslandsmärkten trat ein Stillstand des Preisrückganges ein. Auch für Oberbaustoffe war im Auslande ebenso wie für Stabeisen erhöhter Bedarf festzustellen. Eine Zunahme des Verbrauchs wird sich hier bei den Walzwerken schnell auswirken, da die Läger der Händler geräumt sind. Der Bandeisenabsatz, der sich in den ersten sieben Monaten des Jahres durch den erhöhten Saisonbedarf gut entwickelt hatte, daraufhin aber sehr still geworden war, hat sich in der zweiten Septemberhälfte wieder gebessert. Im Auslande konnten größere Mengen Spezialsorten untergebracht werden. Das Geschäft in Grob- und Mittelblechen lag nach wie vor sehr still, und trotz des Anziehens der Weltmarktpreise blieb das Preisniveau so tief, daß Exportaufträge nicht hereingenommen werden.

IRMGARD KEUN:

Gilgi eine von uns

38]

So — mein Gilgichen — höchste Zeit für mich — komm, gib mir noch einen Kuß . . ."

„Ach, Olga . . ." Gilgi will noch was sagen, erzählen — aber lieber nicht, lieber nicht — einmal Ausgesprochenes wird so unheimlich lebendig. „Wann werden wir uns wiedersehn, Olga?"

„Sobald du mich brauchst — bestimmt, Gilgi. Kannst dich ja auf mich verlassen. — Weißt du" — Olgas lustige blaue Operettenaugen werden plötzlich ernst und nachdenklich — „ich hab' doch Männer als solche wirklich gern — aber komisch ist's und mißtrauisch macht's, daß man keine wirkliche Freundschaft von Männern untereinander mehr findet, kein ehrliches, selbstverständliches Zusammenhalten, keine unbedingte Solidarität vor allem. Gibt nur noch „Kollegen" oder „Parteigenossen" — herzlich wenig das. Ich hätt' verflucht Achtung vor einem Mann, der einen Freund hätte, den er mir vorzöge. Ist dir nicht auch schon aufgefallen, Gilgi — daß wir in einer Zeit leben, wo's mehr wirkliche Solidarität unter Frauen gibt als unter Männern? Das macht uns überlegen. Schade. Ich leg' an und für sich gar nicht so großen Wert auf Ueberlegenheit. Na, wenn's nu' mal nicht anders ist! — Gott, mein Zug!" Noch einmal umschließen Gilgis braune Finger Olgas kleine verwöhnte Hand — „Alles Gute, Olga." — „Alles Gute, Gilgi — wo ist Martin?" — „Liegt noch im Bett." Werd' ihm eben Adieu sagen." Olga wirbelt ins Badezimmer, macht einen Schwamm naß — reißt die Schlafzimmertür auf — wirft den patschnassen Schwamm mit gutgezieltem Schwung Martin mitten ins Gesicht — „war ein herzhafter Kuß, geliebter Faulpelz, nicht wahr? Leb' wohl für die nächste Zeit — ich fahr' ab. Sei gut zu meiner kleinen Freundin und schick mir mal gelegentlich meine Provision für erfolgreiche Kuppelei."

Und Gilgi findet die Welt noch dunkler und trüber geworden, seit Olga fort ist. Sie denkt nach über Olgas Worte: keine Solidarität mehr unter Männern . . . Könnte schon stimmen. Erinnert sich plötzlich an das Versprechen, die Hertha zu besuchen. Vielleicht heute nachmittag? Man wird ihr etwas Wäsche mitnehmen und ein paar Kleider — man wird so reden und so fein, daß sie das nehmen kann, ohne daß es auch nur ein bißchen peinlich ist.

Aber aus dem Besuch heute wird nichts. Martin hat mal wieder Geld von irgendwoher — mittags geht er plötzlich fort und kommt zehn Minuten drauf stolz und strahlend mit einem schicken Cadillac angefahren — den hat er gemietet für den Tag.

Man fährt den Rhein runter — am Siebengebirge vorbei — es riecht nach Frühling, Sonne, Luft und Wind, Erde und Volksliedern. — „Gilgi, nimm die Hand von meinem Arm fort — du gehörst zu den Frauen, die mich nicht anfassen dürfen, wenn ich Auto fahre." — Ach ja, es ist schön — das Leben ist schön . . .

Man sitzt in einem alten Gasthof am Rhein, trinkt alten Rüdesheimer und sieht auf die noch älteren Berge und das fließende Wasser. Langsam senkt Dunkelheit sich herab. Rasselnd und knirschend wirft ein Frachtdampfer Anker, liegt schwer und schwarz auf der dunkel grauenden Fläche. — Schneeballen wiegen ihr zärtliches rundes Weiß im Laubgewirr, ein leiser Wind weht Kirschblütenblätter durchs Fenster, und blühender Flieder duftet ein Liebeslied in die Luft. Man spricht nicht viel — wirft nur von Zeit zu Zeit dem andern ein Wort zu — wie einen kleinen bunten Ball, der mit zärtlichen Händen aufgefangen wird.

Schwerer und voller wird die Stille — atmet Geheimnis und Wissen um die ewige Einverstandenheit der Erde mit allem Lebenden. — Silberne Schleier über Wasser und Wiesen — süßer Geruch von feuchten Blättern und Erde . . . Flach und offen liegen Gilgis Hände. Seltsam tiefes Wissen um Da-sein rinnt heiß und glückhaft schwer durch die Adern — und fast zur Qual wird die Süße gemeinsamer Augenblicksverbundenheit. Still nimmt sie die Hand des Mannes, legt die heißen, trockenen Lippen auf das blaugeäderte Gelenk und spürt das Klopfen seines warmen lebendigen Blutes tief in Hirn und Leib und Gliedern — und die Erde sagt ja, und die duftschwere Luft sagt ja, und die dunkel schimmernden Farben und Bäume und Wiesen und alles, alles Wachsende sagen ja — und man trinkt das Ja und ist schwindlig vor Glück — und weiß doch um das Nein hinter dem Ja und weiß um den Schmerz hinter dem Glück und weiß um das Unwiederbringliche glückträchtiger Stunde. Weiß um morgen, weiß um Gefahr, um Alltag und Nie-wieder. Und ahnt zu tiefst den Sinn von Schmerz und Verlierenmüssen. Spaltet die Lippen in wissendem Lächeln — und spürt die tiefste und sinnliche Lust — Lust der Leidahnung, Lust der Schmerzgewißheit, Lust der Fieberangst — wissende Angst des Blutes, die unsere Freuden zu Gold stempelt.

Nach dem Arbeitsamt ist Gilgi zu Hertha gegangen. Noch tausendmal trauriger und bitterer ist alles, als sie gedacht hatte. Durch die grauen Gardinen bricht die Sonne, beleuchtet grell und taktlos die Armseligkeit des Raumes: an der Wand eine schmale Bettstelle, eine noch kleinere daneben, ein Waschtisch, ein Schrank, ein Tisch, zwei Stühle, ein kleiner Gasherd — sonst nichts. Es riecht nach Menschen und Kohl und Kinderwäsche.

Gilgi gegenüber sitzt Hertha — eine müde blonde Frau mit schweren, langsamen Bewegungen. Hält den einjährigen kleinen Jungen auf dem Schoß — „den wollt' man nicht haben, Gilgi — aber jetzt ist er da, und man gibt ihn nicht mehr her" — und drückt mit der rauhen kleinen Hand das dicke blasse Kinderköpfchen an ihre schlaffe, schwere Brust. Spricht mit leiser, eintöniger Stimme: „Ich hab' die Kinder so gehaßt, wie ich sie getragen habe — kann es wohl sein, daß sie davon traurig geworden sind? Sie sind immer so still und schreien fast nie und lachen kaum — manchmal glaub' ich, daß alle Liebe jetzt diesen Haß nicht mehr gutmachen kann. Aaaach" sie steht auf, setzt den artigen Kleinen aufs Bett, geht zum Herd und schraubt die Gasflamme unter dem brodelnden Topf niedriger. Verlegen und ungeschickt streichelt Gilgi dem kleinen Mädchen, das stumm und starr neben ihr steht, über das dünne silberblonde Haar — sie hat Kinder nie leiden können und kann nicht mit ihnen umgehen — das Kind drückt den kleinen Kopf fester gegen die streichelnde Hand — die winzige zärtliche Tierchenbewegung treibt Gilgi beinahe Tränen in die Augen. Hertha setzt sich wieder an den Tisch. Immer schwerer und drückender wird die Atmosphäre im Raum — voll von gewußter und ungewußter Hoffnungslosigkeit. Man sieht das kranke Flimmern in der Luft. Tief unten auf der Straße spielt ein Orgelmann, Fetzen vom Wolgalied dringen herauf. Das kleine Mädchen zirpt mit hohem, hellen Stimmchen ein paar unverständliche Worte — es ist so häßlich mit seinem spitzen, fahlen Gesichtchen — und ist so ergreifend die rührende Ahnungslosigkeit eines häßlichen Kindes.

„Wenn jetzt warme, schöne Tage kommen, werd' ich mit den Kindern in den Grüngürtel gehn — da haben sie Sonne", sagt Hertha mit ihrer leisen, tropfenden Stimme. „Du glaubst nicht, Gilgi, wie gut die Resi letzten Sommer ausgesehn hat. Und wenn jetzt der Hans bald besser verdient, dann werden wir einen Kinderwagen kaufen — weißt du, ich kann nicht gut tragen, und der Kleine wiegt ganz anständig. — — Ich bin froh, daß du gekommen bist, Gilgi — man kann mit dir sprechen."

„Du bist so tapfer, Hertha!"

„Was bleibt mir denn anderes übrig? Ich bin gar nicht so tapfer."

„Du bist sehr gut — ich könnte nie so gut sein."

„Ach, Gilgi, ich bin nicht gut."

„Doch. Hans sagt es auch. Er liebt dich so sehr."

(Fortsetzung folgt.)

Am Ufer des Rheins Phot. Paramount

Friesische Fischer im Eismeer

Eine Reportage ohne Romantik / Von Günther Thaer

Es ist eine wackelige, naßkalte Geschichte — und ohne Spur von Romantik. Dies der Wahrheit zuliebe. — Den Hintergrund stellt der nördliche Horizont (unterm 75. Grad) mit seinem glasgrün leuchtenden Anstrich und der phantastisch gezackten Silhouette der Bäreninsel davor, die sehr fern und sehr einsam wirkt, in dem großen Wasser. — Dies könnte als Stimmungsbild gelten; aber das Bild ist weg, ehe die Stimmung kommt, und es hängt wieder jener dicke kalte Polarnebel über dem Schiff, den man wie nasse Watte schluckt, wenn man nicht ständig Kandiszucker kaut, wie es der Kapitän macht.

Vier Tage im Nebel herumdampfen, und keinen Fisch ins Netz kriegen. „Schiet is dat!" — Und wo soll da die Stimmung herkommen? Der Kapitän knurrt und rollt grimmig an seinen Zigaretten. Man soll lieber einen Bogen um ihn machen. Und vorn an der Back gibt's auch flaue Gesichter.

Aber was ist zu machen? — Das neue Tiefenthermometer, diese gelehrte Röhre, die wir alle mit Andacht angestarrt haben, weiß auch keinen Rat. „Plus 1.6 Grad C Grundtemperatur!" Ja — sehr gut! Aber wo sind die Fische, Herr Theoretikus?

So dampfen wir also mißgelaunt durch den Nebel und suchen weiter (und einer sitzt oben im Top und schaut verstimmt nach dem farbigen Feuilleton aus).

Nebel . . . nichts als Nebel . . .! Die Dampfsirene heult heiser und rauh. Man sollte ihr Kandiszucker geben. Der Radioapparat im Kartenhaus äfft sie nach. (Romantik!) — — Plötzlich geht lautlos ein langer Schatten schräg von Steuerbord über unseren Kurs . . . „Dampfer voraus!" meldet der Mann am Ruder. Wir morsen ihn an: Hooolihru . . hooirrhuuu . . . Er antwortet ebenso krächzend und dreht bei. — Die Maschinentelegraphen klingeln, das Kielwasser rumort. Es wird ein großer Moment in dieser phantasielosen Oede.

Oben auf die Brücken (in Rufweite gegenüber) treten stämmig die Kapitäne. Sie erheben die Schalltrichter. Von Deck schaut erwartungsvoll die Mannschaft herauf. — „Wat häv'n Sei fangen? —" Der da drüben antwortet auf gut Platt. Breitbeinig und sicher wie nur irgendein Friese steht er da und tut uns seine Zufriedenheit kund. Mancher „Hol" über 100 Korb! — „Jo, Jo Sei kunnt hie blieven!" nickt er bedächtig herüber, und dann verschwindet sein Schiff wieder lautlos in der weißen Wand.

Aber da stimmt was nicht! Stunden um Stunden holen wir Steine heraus, Löcher, Seetang und in dem Allerlei auch ein paar Fische. Das Mißtrauen wächst. Und am Abend knurrt der Steuermann beim Essen über seinen Blechtopf . . . „dei häd uns anschmeert!" — Das scheint in der Tat so. Und nun geht die Suche weiter.

Die weißlichen Schwaden ziehen mit, über die bleigrau anrollende schwere Dünung. Möven fallen in Schwärmen heraus, streichen fett und grau durch das Takelwerk und verschwinden mit kleinen quäkenden Schreien. — Sie warten auf Fische. Wir auch.

Aber dann kommt der erste Treffer. Nachts so um 2 Uhr. (Es ist taghell, weil irgendwo die Mitternachtssonne steht.) — Kaum, daß die Scherbretter heraufrasseln, zeigt sich schon in Steuerbord draußen auf dem Wasser der langersehnte hellgrüne Fleck. Es sprudelt und sprüht in tausend Blasen herauf und dann hebt der Netzsack seinen prallen, dichtgefüllten Kopf tanzend über die Wellen. — — „Hei kimmt . . . hei kimmt . . ." schreit der Kapitän über die Brücke gebeugt und fuchtelt wild mit der Mütze; und die Mannschaft unten greift schnell und taktfest ins Vornetz, wozu der Steuermann jetzt triumphierend sein „Hoolup!" singt. Laut kreischend und vergnügt faßt die Winde zu. An ihrem langen Arm schwingt sie den großen „Hol" über Deck. — Einen Augenblick starren alle still und andächtig hinauf: 90 bis 100 Zentner! Es ist wie ein kurzes Dankgebet.

Dann — mit einem Ruck an der Schließleine — prasselt die nasse Fracht über Deck herunter in die Schotte. Schellfische, Kabeljau, Heilbutte und anderes Getier, was da in 200 Meter Tiefe unvorsichtig herumkreuchte. — Die Wetzsteine klingen, die Messer fahren in die Fischbäuche. Eingeweide fließen und die Lebern fliegen flugs über Deck in die Trankörbe. Das ist eine frische, sehr realistische und geschwinde Sache. Das ist der reine Hohn auf Romantik. — Und dazu prustet der alte Wasserschlauch aus allen Ritzen und der Netzmacher stimmt ein Lied an, das sie alle miteinander über die Arbeit gebeugt absingen. Ein guter rauher Klang, der bordseits im Nebel versickert. Ja, guter Dinge sind sie jetzt, die friesischen Jungens, und in einer Stunde liegt der Fang unter Deck in Eis.

Aber Eile mit Weile. So schnell, wie wir möchten, gehts nicht. Auch die Zeit steht hier oben still. Der Tag (die Nacht, die es nicht gibt, miteingerechnet) hat sieben „Hol" Fische. Zwei Tage macht vierzehn. Und also sehen sich die Stunden so ähnlich wie ein Schellfisch dem anderen. Die Arbeit stapft eintönig im Takt der Maschine hin, und die Einsamkeit hockt unentwegt an der Reeling.

Unter Deck beim Essen sieht man müde und abgespannte Gesichter; hinter stoppeligen Bärten. Schweigend gehen die Schüsseln rund um. Nur die Blechteller klappern. — Wozu aber auch reden? Sie kennen einander. Sie denken nicht viel, aber gemeinsam: gradheraus: Wetter, Fang, Weib und Kind oder Braut, und was dazwischen liegt. Wozu also reden? Ein lebensfester Menschenschlag.

Wenn dann der Koch aufsteht und geräuschvoll die Teller wegräumt, gähnt einer und kriecht über die Bank in die Koje. Er hat bald Wache. Ein anderer saugt an der Pfeife und starrt ins Licht. Vielleicht tun sich mal ein paar zusammen und „zippeln" einen Schnaps aus. Dann das Glas ringsum, Scherz und Lachen fällt kurz und derb auf den Tisch, man lehnt sich gemütlich zueinander, die Ellbogen auf die Tischkante gestützt . . . „un vertellt wat". Aber es ist nichts aufregendes. Nur der Koch weiß bessere Witze. Er ist Rheinländer und war mal Komiker im Tivoli, irgendwo. Einmal führt er einen sterbenden Schwan oder so was vor (er verträgt nicht viel) mit Deklamation von Schiller. Und wie er so hinsank mit verdrehten Augen, mußten alle laut und ausgiebig lachen. Aber das ist so selten wie sein Pudding, den er auch nur Sonntags gibt.

Na, gut! . . . So geht nun die Zeit allmählich herum. Stunde um Stunde und Fisch um Fisch, und wir haben an die 1500 Zentner beisammen. Kurs südwärts, die Nase tief im Wasser, läuft unser „Newman" mit neun Seemeilen vor dem Wind wieder heimwärts. Und die Sonne kommt wieder, und von fern über See steigt aus Wolken und Dunst die Küste Norwegens. „Südwärts"; das ist ein gutes Wort für den Fischer, der vom Eismeer kommt. — Im Westfjord setzt ein dünner Strichregen ein, der die Farben der Berge und der Wiesenufer verwäscht, und die zackigen Lofoten an Steuerbord hängen darin wie graue Tücher an Wäscheklammern. — Erst in der Nordsee klart es wieder auf.

Eine warme, wundervolle Sommernacht an Deck. Der gute Mond tut das seine und poliert die weite schwarze Fläche mit Silber auf. Im Ruderhaus ist es dunkel und sehr still. Der Mann am Ruder fixiert das kleine verdeckte Licht überm Kompaß. Der Steuermann lehnt aus dem offenen Fenster und starrt hinaus über See, wo fern wie Funken die Positionslichter der Fischkutter glimmen. Er starrt auf den Kurs, er starrt in eine kleine Stube, wo der Mondschein jetzt hell und warm auf kariertes Bettzeug fällt.

Unten an Deck steht der Kapitän. Er beugt sich über die Reeling und ruft dann etwas hinauf . . . An Backbord kommt dunkel und massig die riesige Silhouette eines Dampfers auf. Ein Luxusdampfer. — Lautlos schiebt sie sich vor den Mond. Deutlich erkennt man jetzt drüben die Reihen hellerleuchteter Decks. Ein zauberhafter Anblick in dem weichen silberigen Licht der Nacht. — — Und dies könnte wiederum als Stimmungsbild gelten! . . . Für wen? Für den Mann an Deck mit dem gespitzten Bleistift im Kopf — und vielleicht für ein ältliches Fräulein drüben, die vom Promenadendeck schwärmerisch auf den kleinen mondbeschienenen Fischdampfer herunterblickt. — — „Gott verdamm mich —!" sagt der Kapitän (er hat vorhin die Fischpreise von Norddeich abgehört) . . . „dat Pfund Schellfisch elf Pfennig! — En Schiet!" Und er spuckt kurz und kräftig über die Reeling in das magisch aufleuchtende grüne Bugwasser.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

1. **Kreis.** Freitag, 14. Oktober, 15½ Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder an bekannter Stelle. „Wie diskutiere ich mit meinem Gegner?" Referent Henri Johansen.
3. **Kreis.** Donnerstag, 13. Oktober, 16 Uhr, an bekannter Stelle Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder. „Die Auflösung des britischen Imperiums", Referent Wilhelm Ziegens.
5. **Kreis.** Freitag, 14. Oktober, 14 Uhr, Erwerbslosen-Mitgliederversammlung im Gesellschaftshaus, Große Frankfurter Straße 30. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Das Parteimitgliedsbuch ist als Ausweis bei der Kontrolle vorzuzeigen.
7. **Kreis.** Donnerstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder im Heim Rostnerstr. 4. Fortsetzung des Vortrages des Genossen Segall.
12. **Kreis.** Donnerstag, 13. Oktober, 15½ Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder in Steglitz, Schule Friesenstr. „Aus dem Recht der Sozialversicherung", Referent Genosse Wächter.
18. **Kreis.** Donnerstag, 13. Oktober, 15 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder im neuen Sportheim auf dem Rennbahngelände, Rennbahnstr. „Sozialismus oder Kommunismus", Referent Walter Raue.
20. **Kreis.** Donnerstag, 13. Oktober, Zusammenkünfte erwerbsloser Parteimitglieder an folgenden Stellen: Reinickendorf-Ost Schule Hoppestr., 15 Uhr, Vortragende Martha Sohn; Reinickendorf-West Außenspielplatz, 15 Uhr, Vortragende Elfriede Wollmann; Wittenau Jugendheim Neue Schule, 16 Uhr, Vortragende Genossin Lutz; Tegel Jugendheim Schöneberger Str. 3, 15 Uhr, Referent Paul Bernstein.
17. **Abt.** Unserm Genossen Richard Grund und Frau, Sprengelstr. 45, zur Silbernen Hochzeit die besten Glückwünsche.
25. **Abt.** Achtung! Zahlabend Heinisch erst Donnerstag, 20 Uhr.
33. **Abt.** Sonnabend, 15. Oktober, 19½ Uhr, Herbstfest in der Alten Taverne, Alt-Stralau 20/26. Mitwirkende: DMV.-Verband, Freie Turnerschaft Stralau, SAJ. Eintrittspreis 30 Pf., Erwerbslose an der Abendkasse 20 Pf. (Steuer.)
35. **Abt.** Heute Zahlabende in den bekannten Lokalen. 18 Uhr Vorstandssitzung bei Lembke, Schreinerstr. 38.
45. **Abt.** Unserm Genossen Hermann Schütz und Frau, Reichenberger Str. 99, die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit.
51. **Abt.** Der Zahlabend der 4. Gruppe tagt erst am Donnerstag, dem 13. Oktober. Zahlabend des 3. Bezirks heute, im Lokal Königsweg 8.
55. **Abt.** 8. Gruppe heute Diskussions- und Aussprachenabend bei Schütz, Weißstr. 99.
57. **Abt.** Heute, 18 Uhr, beteiligen sich alle Genossen an der Trauerfeier des Genossen Wilf im Krematorium Gerichtstr. Bannerdeputation 4½ Uhr bei Arndt. Die Zahlabende beginnen erst um ½9 Uhr.
72. **Abt.** Heute Mitgliederversammlung bei Rosenau, Laubacher- Ecke Berliner Str. „Wirtschaftsprogramm der Soz." — Organisationsfragen.
74a. **Abt.** Freitag, 14. Oktober, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Schneider, Potsdamer Str. 23. „Prachtvolle" Zeiten", Referent Ernst Fränkel.
74b. **Abt.** Achtung, Lokaländerung! Die am Freitag, dem 14. Oktober, bei Stockmann, angesetzte Mitgliederversammlung findet im Lindenpark, Berliner Str. 8, statt.
76. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung und Zahlabend bei Schilling. — Die Einäscherung unseres am 10. Oktober verstorbenen altbewährten Parteigenossen Wilhelm Gäbelt findet am Donnerstag, 13. Oktober, vormittags 11½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf, statt.
77. **Abt.** Heute Zahlabende in den bekannten Lokalen.
82. **Abt.** Heute Zahlabende in den bekannten Lokalen.
91. **Abt.** Heute Zahlabende in folgenden Lokalen: 19., 20., 21. Bezirk bei Röcke, Wißmannstr. 10, Referent Fritz Waldheim; 22., 28. Bezirk bei Reiter, Karlsgartenstr. 4, Referent Walter Jung; 36., 47. Bezirk bei Rausch, Flughafenstr. 29, Referent Alfred Freund; 44., 37. Bezirk bei Palm, Mainzer Str. 16, Referent Otto Gallonska; 38., 43. Bezirk bei Brehmer, Biebrichstr. 14, Referent Max Aschenbrenner; 39. Bezirk bei Lubdicke, Karlsgartenstr. 12; 41. Bezirk bei Löffler, Mahlower Str. 11; 45., 46. Bezirk bei Schreiber, Flughafenstr. 29. — Donnerstag, 13. Oktober, 19½ Uhr, Mitgliederversammlung der 53. Abgabestelle der Konsumgenossenschaft. Warenbezugskarte gilt als Ausweis.
97. **Abt.** Unserm Genossen und Funktionär Richard Noack nebst Frau zur Silbernen Hochzeit die herzlichsten Glückwünsche.
127. **Abt.** Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Göhr, Berliner Str. 93. „Unser Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse", Referent Genosse Schleuß.

Frauenveranstaltungen.

5. **Kreis.** Donnerstag, 13. Oktober, pünktlich 19½ Uhr, im Heim Tilsiter Str. 4/5, Fortsetzung des Schulungskurses „Wo steht die SPD. im Kampf gegen die Reaktion", Referentin Hertha Gotthelf.
8. **Kreis.** Voranzeige! Mittwoch, 2. November, Friedenskundgebung im Orpheum, Hasenheide. Filmvorführung „Verdun". Ansprache der Genossin Klara Bohm-Schuch, M. d. R., Musikvorträge. Unkostenbeitrag 25 Pf., Erwerbslose 10 Pf. Karten sind bei den Frauenleiterinnen zu haben.
99. **Abt.** Heute, 19 Uhr, vor Beginn der Mitgliederversammlung, treffen sich die Funktionärinnen zu einer wichtigen Besprechung bei Becker, Chausseestraße 97.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Achtung! Kreiskassierer! Die nächste Kreiskassiererkonferenz findet am Dienstag, 18. Oktober, 19 Uhr, in der Geschäftsstelle, Lindenstraße 2, statt. Wir bitten um vollzähliges und pünktliches Erscheinen. — **Prenzlauer Berg:** Sonntag, 16. Oktober, 16 Uhr, in den Baracken, Danziger Straße 62, und im Altersheim Spiel- und Tanznachmittag für alle, auch Restfalken. Zum Schluß Singestunde. Instrumente mitbringen! Ende gegen 19 Uhr. — **Kreuzberg: Achtung Gruppenleiter!** Die Falken, die Montags in der Parkstraße den „Kleinen Hämelmann" geprobt haben, gehen nächsten Montag nicht, wie verabredet, zur Probe, sondern beteiligen sich an dem Falken-Werbeabend in der Aula der Schule Reichenberger Straße 67—70. Wir spielen da den „Kleinen Hämelmann". — **Treptow, Abt. Thomas Münzer:** Alle Volkstanz-Kursusteilnehmer treffen sich am Mittwoch um 18½ Uhr an der Historischen Ecke. (5 Pf. mitbringen!) — Unsere Heimabende finden wieder pünktlich Montags, 16 Uhr, statt. Wir bitten alle Eltern, ihre Kinder zu uns zu schicken.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

23. Abt. Am 9. Oktober verstarb unser langjähriges Mitglied, das Vorstandsmitglied des Deutschen Baugewerksbundes, der Genosse Hermann Peters, Bristolstr. 17. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 13. Oktober, 15½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt.

44. Abt. Unser langjähriges Mitglied Paul Müller, Kottbusser Str. 16, ist am 8. Oktober plötzlich verstorben. Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 12. Oktober, 16 Uhr, auf dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde, Pappelallee, statt. Rege Beteiligung erwartet der Abt.-Vorstand.

SAJ Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Sozialistischer Wettbewerb: Freitag, den 15. d. M., letzter Tag für Abrechnung der Arbeiterjugend und Mitgliederwerbung.

Abteilungsleiter! Rechnet sofort die Plaketten vom Antikriegsjugendtag ab, sendet den Berichtsbogen und das Novemberprogramm ein, 16. November Bußtag!)

B.-V.-Sitzung. Morgen, 19½ Uhr, Sitzungsraum der Kinderfreunde.

Mitglieder der Volksbühne! Besucht die Mitgliederversammlung der Sonderabteilung, morgen, Donnerstag, 20 Uhr, Haverlands Festsäle, C., Neue Friedrichstr. 35.

Heute, Mittwoch, 20 Uhr:

Arnimplatz: Besuch der Zahlabende. — **Andreasplatz I:** Brommystr. 1: Heimabend. — **Andreasplatz II RF.:** Brommystr. 1: „Vom freiwilligen Arbeitsdienst zur Arbeitsdienstpflicht". — **Ballenplatz:** Tilsiter Str. 4/5: Liederabend. — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 307: „Die Entwicklung der SAJ." — **Petersburger Viertel:** Ebertystr. 12: Leseabend. — **Warschauer Viertel RF.:** Litauer Str. 18: Heiterer Leseabend. — **Spandau, Neitzer:** Lindenufer 1: „Zur Geschichte der Kriege". — **Tempelhof:** Götzstraße: Einführungsabend. — **Neukölln XI:** Treffpunkt zum Zahlabend 18½ Uhr, Selchower Straße. — **Baumschulenweg:** Wir gehen zur Partei. — **Bohnsdorf und Falkenberg:** Wachtelstraße: Liederabend. — **Friedrichshagen:** Friedrichstraße 87: Reichstagssitzung. — **Karlshorst:** Besuch des Zahlabends. — **Lichtenberg-Mitte:** Besuch des Zahlabends. — **Lichtenberg-Neu:** Güntzelstr. 44: „Tagespolitik". — **Lichtenberg-Nord:** Zahlabend der Partei. — **Mahlsdorf:** Zahlabend der Partei. — **Reinickendorf-West:** Zahlabend.

Werbebezirk Tiergarten: Bremer Str. 70, 19½ Uhr: Vortrag „Umbau der Wirtschaft".

Werbebezirk Kreuzberg: Urbanstr. 167, 19½ Uhr: Hauptprobe.

Werbebezirk Neukölln: Ganghoferstraße, 18½ Uhr: Vorstandssitzung. Morgen 19½ Uhr Bildungsausschuß-Sitzung, Parteibüro.

Die hohen Provisionen anderer Firmen **genießen Sie selbst** durch die billigen Preise der

LINDCAR-Nähmaschinen

Besuchen Sie uns bitte unverbindlich.

NIEDERLAGEN:
Berlin SO 16, Engelufer 31
Berlin SW 68, Alte Jakobstr. 148

Staats Theater
Mittwoch, den 12. Oktober
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Bohème
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Wilhelm Tell

Städt. Oper
Charlottenburg
Fraunhofer 0231
Mittwoch, 12. Okt.
19,30 Uhr
Turnus IV
Undine
Nettesheim, Schirach, Cavara, Hüsch, Kandl, Gombert, Sauer, Müller, Pechner
Dirigent: Paul Breisach.

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
D 1, Norden 2944. Täglich 8 Uhr
Die Ratten von Gerhart Hauptmann
Regie: Heinz Hilpert
Käthe Dorsch, Eugen Klöpfer, Otto Wernicke

Lessing-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

SCALA
Tägl. 5 u. 8¼ Uhr
3 Andreu-Rivels
Barn. v. Géczy
Wallburg usw.

PLAZA
Küstr. Schles. Bhf.
5 u. 8¼, Sbg. 2,5,8¼ U.
E 7 Weichsel 4031
Der Bettelstudent

Deutsches Theater
Weidend. 5201.
8 Uhr
Rose Bernd
von Gerhart Hauptmann
mit Paula Wessely
Kammerspiele
8 Uhr
Schultes Bühne
Das Verlöbnis
von Rich. Billinger

Winter Garten
8 Uhr 15. Flora 3434. Rauchen erl.
Bronett-Familie, Lord Ain,
7 Alfredos, Marianne & Roberts
Mae Elgin, 6 Köhlers usw.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Auch Sonntags nachm. 4 Uhr:
Neu! **Königin der Luft** Neu!
Humor! Stimmung!
Man lacht Tränen über Direktor Hans Berg als Tante Julchen.
Gutschein für die Leser 1—4 Personen
Faut. 0.75 M., Sessel 1.25 M., Park. 0.50 M.

Schiller Theater
Grolmanstr. 70/71
Steinpl. (C 1) 6715
Täglich 8¼ Uhr
nur noch 2 Vorstellungen:
Der **18.** Oktober
Freitag, 14. Okt.,
8¼ Uhr:
Erstaufführung
Robert u. Bertram

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
(Dönhoffplatz)
Dir. Meysel. Dir. Meysel.
Tägl. 8.15 Uhr, Sonntags 3.30 Uhr (ermäßigte Pr.)
Das neue Programm
mit der Posse
„Und abends wird getanzt"

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Gitta
Alpar
in
Katharina

WALLNER-THEATER
Täglich 8.15 „Mitschuldigen"
„Satyros" von Goethe — Musik: Mozart
Preise 0.80 bis 3.-M. — Sonnt. 3 u. 8.15 Uhr
Vorverkauf täglich ab 10 Uhr

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Fritzi
Massary
in
Eine Frau, die weiß, was sie will!

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 6
früher „Elite - Sänger"
Lache dich gesund!
Tgl. 8 Uhr, Sonnt. nachm. 3½
Preise von 50 Pf. an

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 132
Tel. Weichsel E 7 3422
8.15, 8.30 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Theater d. Westens
C 1 Steinpl. 0931
Täglich
4½ und 8¼
Sonnt. 2½, 4½, 8¼
Paganini
1. Versteig. 0.50—1.50
2. u. 3. Verst. 0.50-2.50

Haus Vaterland
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
Betrieb Kempinski

Kleines Th. 8¼
Merkur 1624
Unt. d. Linden 44
General Percy
gründet ein Königreich
Komödie von Siegfried Schröder-Schrom.
Jary, Ettel.
Regie: Eugen Felber.
Preise v. 1.-M. an.

Theater am Schiffbauerdamm
D 2 Weidend. 9955
Täglich 8¼ Uhr
„Kolonne Immergrün"
Berl. Kom. v. Hans Brennert
mit Harald Paulsen

Metall-Betten Raddatz
Auch bis 18 Monats-Raten
Berlin W 8, Leipziger Str. 122-123

Am Montag, 10. Oktober, früh 3½ Uhr, verschied plötzlich am Herzschlag mein herzensguter Mann und Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der Packer

Paul Kohn

im 59. Lebensjahre.

Berlin, Schwedter Straße 78, den 10. Oktober 1932

Dies zeigen tiefbetrübt an

Johanna Kohn, geb. Schulz
und Tochter Käthe

Die Beerdigung findet Freitag, 14. Oktober, 3½ Uhr, auf dem Gethsemane-Friedhof in Nordend statt.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Am 10. Oktober verstarb plötzlich im 59. Lebensjahre unser langjähriger Mitarbeiter und Kollege, der Packer

Paul Kohn

Berlin N 58, Schwedter Str. 78

Wir werden das Andenken des Verstorbenen stets in Ehren halten

Geschäftsleitung und Personal des „Vorwärts"

Nach kurzer, schwerer Krankheit verschied in Breslau am 5. Oktober unsere liebe Tochter und Schwester

Ilse

im Alter von 22 Jahren.

Für die gezeigte Anteilnahme sprechen wir allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank aus.

Berlin, im Oktober 1932.

Hermann Lüdemann
Klara Lüdemann
geb. Schwedt
Käte Lüdemann

Die Beisetzung ihrer Asche ist am Sonnabend, dem 15. Oktober, 15 Uhr, von der Kapelle des Waldfriedhofes Dahlem aus.

Am 9. Oktober, abends 9½ Uhr, entschlief nach schwerem Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester und Schwägerin

Martha Neumann

im 58. Lebensjahre.

Im Namen der Hinterbliebenen

Paul Neumann

Bln.-Weißensee, Woelckpromenade 33

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 14. Oktober, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße 37 statt.

Am 10. Oktober entschlief nach langem Leiden mein lieber Mann und guter Vater, der Schuldiener

Wilhelm Gäbelt

Berlin-Dahlem, Faradayweg 14

Berta Gäbelt und Tochter

Die Einäscherung findet Donnerstag, den 13. Oktober, vorm. 11½ Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt

KLEINE ANZEIGEN

Jedes Wort 10 Pf., Fettgedrucktes Wort 20 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte) (Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen für 2 Worte)

Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 (½9—5 Uhr) sämtl. „Vorwärts"-Filialen u. -Ausgabestellen, sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Kochherde jeder Art u. Größe. Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Blenberg, Dresdenerstraße 99. Jannowitz F 7 6651.

Linoleum Sallat, Kolonnstraße 9.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lewicki verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Prinzenstraße 105, eine Treppe.

Hosen für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Bahr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Küchen 65—200, Weißlackschränke 55, Metallbettstellen 20. Annerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner Straße).

Achtung! Sonderwochen! bis zwanzigsten Oktober! Zurückgenommene Schlafzimmer 190,— Schlafzimmer, Birke, Mahagoni, Nußbaum, rundgebaut, nur 325,— Speisezimmer 175,— Herrenzimmer 165,— 50 Küchen 55,— Ankleideschränke, Nußbaum, 55,— Nußbaum-Schrank 30,— Bettsofa 15,— Nußbaum-Betten 12,—, Nachtschrank 9,—. Alles unter Wertpreis. Kommen Sie schnell zu Möbel-Schrager, Kastanienallee 45, Hofgebäude.

Fahrräder

Fahrradbonamas 6,50, Karbidlampen 2,40. Grob, Oranienstraße 120.

Garten, Laube und Balkon

Obstbäume Beerenobst - Ziergehölze in reicher Auswahl. Preisliste gratis. Baumschulen, Tempelhof, Werbergstraße, Fernsprecher Südring 0739.

Edelobstbäume, Beerenobst, Heckenpflanzen, Rosen, Ziersträucher, Koniferen usw. Preisliste kostenfrei! M. Hauke, Baumschulen, Zehlendorf - Mitte, Lichterfelderstraße. Fernspr.: Zehlendorf 1090.

Musikinstrumente

Kleinpianos, gute, gebrauchte, ab 50,—. Philipp Link, Brunnenstraße 35.

Spottbillige Markenpianos. Gelegenheiten. Lehmann, Klavierbauer, Alexanderstraße 57.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 20. Haltestelle Adalbertstraße.

Unterricht

Technische Privatschule Diplomingenieur Stellmacher, Friedrichstraße 115. Maschinenbau, Elektrotechnik, Galvanotechnik, Werkstechnik, Kinovorführer.

Verschiedenes

Kegelbahnen, Vereinszimmer, Säle frei. Fürstenhof, Köpenickerstraße 137.

Ehrenerklärung. Die Beleidigung gegen Herrn Künicke, Naunynstraße 83, nehme ich hiermit zurück. Frau Walter.

Umzüge Fuhrwesen

Eiltransporte aller Art. Kleine Umzüge. Kurfürst 1405.

Möbeltransporte billig, gewissenhaft. Genosse Conrad Blitz, Neukölln, Hermannstraße 18.

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Reporterposten von jungem Redakteur, 27 Jahre, gesucht. Beste Zeugnisse, Referenzen, Stilproben. Uebernehme auch Berichterstattung jeder Art. Angebote unter G. 255 an die Hauptexpedition des „Vorwärts".

Mädchen, 22, klein, Vollwaise, von Geburt an im Waisenhaus, später auf dem Lande erzogen, sucht Stellung. Angebote an Robert Werner, Berlin - Charlottenburg, Kamminer Straße 17.

Werbebezirk Kreuzberg: Freitag, 14. Oktober, 19½ Uhr, **Werbeveranstaltung** in Rabes Festsäle, S., Fichtestr. 29. „Rote Jugend erobert die Welt!" Aus dem Programm: Musik, Fanfarenruf, Sprechchor (mit Lichtbildern), Spieltruppe „Der Querschnitt", Ansprache Georg Heims, Rotes Kabarett. Unkostenbeitrag 10 Pf. Beginn 20 Uhr.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Besucht die **Jugendausstellung des Ortsausschusses Mitte** in der Ackerstraße 3 (U-Bahnhof Rosenthaler Tor), geöffnet vom 9. bis 16. Oktober von 16 bis 22 Uhr!

Heute, Mittwoch, 12. Oktober, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Yorckstraße 11 (Fabrikgebäude). „Für oder gegen Arbeitsdienst?" — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 15 (Gartenhaus). Hosemann kommt. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. „Ein Tag im Gefängnis." — **Wedding:** Jugendheim Sonnenburger Straße 20. „Das 12-Monats-Programm Papens — die Stellung der Gewerkschaften." — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Tassostraße 2. Heimbesprechung und Literaturabend. Verbandsbücher und Heimausweise mitbringen! — **Arnswalder Platz:** Jugendheim Schönlanker Straße 11 (Baracke 6, rechter Eingang). Heimbesprechung; Verbandsbücher nicht vergessen! — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Kreismitgliederversammlung. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstr. 68 (U-Bahn Boddinstr.), Kreismitgliederversammlung in der Gruppe Neukölln. — **Humboldt:** Jugendheim Graun- Ecke Lortzingstr. Aktuelle Zeitfragen: „Wie lese ich eine Zeitung?" — **Schillerpark:** Jugendheim Schule Schöningstr. 17. „FGJ. in Wort und Bild." — **Charlottenburg:** Jugendheim Sophie-Charlotten-Straße 30. Bunter Abend. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststraße 16. „Umbau der Wirtschaft." — **Kreis Oberspree:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststraße 16. Reihenvortrag: „Umbau der Wirtschaft." — **Jugendgruppe des Gesamtverbandes:** Jugendheim Gewerkschaftshaus, Engelufer 24/25, Aufgang B. Fachgruppe Kommunalbetriebe und Friseure: Fachgruppen-Mitgliederversammlung. — **Südkreis:** Jugendheim Neukölln, Bergstraße 29, Kreismitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Unsere Winterarbeit; 2. Organisatorisches; 3. Verschiedenes.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, folgende Veranstaltungen: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 82. Arbeitsgemeinschaft: „Die deutsche Reichsverfassung und die arbeitende Klasse." Leiter: Löwi. — **Nordost I:** Jugendheim Danziger Straße 62 (Baracke 8). Arbeitsgemeinschaft: „Unternehmungen der Arbeiterschaft" — Konsumgenossenschaft — Arbeiterbank — Volksfürsorge (1. Abend). — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Straße 2 (Baracke). Ausspracheabend. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Straße 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Wir lesen aus den Werken von Upton Sinclair. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Straße 1—4, Ecke Kannerstraße. Aussprache: „Kulturreaktion in Deutschland." Leiter: Rektor Schmidt. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstraße 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Arbeitsgemeinschaft: „Die Geheimnisse der kapitalistischen Warenerzeugung." Leiter: Berkow. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstraße 4. Aussprache: „Jugendprobleme der Gegenwart." Leiter: Weißkod. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes. Zeitungsausschnittabend. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstraße 7. Arbeitsgemeinschaft: „Sozialismus als Kulturbewegung" (4. Abend). Leiter: Dr. Lewinski. — **Südwest:** Jugendheim Yorckstr. 11 (2. Hof, Quergebäude, Aufgang I, Zimmer 3). Heimveranstaltung. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Vortrag: „Fragen, die jeden kaufmännischen Lehrling angehen." Ref.: Bunsel.

Die **Versicherungsgesellschaft „Sorgenfrei" G.-G.** tagt heute von 16 bis 18 Uhr im Verbandshaus.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Heute, Mittwoch, beginnen folgende Kurse:

Gew. 2, „Einführung in das Rechtsleben." Beginn: 19 Uhr im Unterrichtsraum der Berliner Gewerkschaftsschule, Engelufer 24/25, 2. Hof, 1 Tr.

SO. 8, „Wirtschaftsfragen des Spätkapitalismus." Beginn: 19½ Uhr im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 27/28.

Anmeldungen werden auf dem 1. Kursusabend angenommen. Teilnehmergebühr für 10 Abende 2,— M., für Kurzarbeiter und Jugendliche 1,— M., für Arbeitslose kostenlos.

SPD.-Buchdrucker. 2. Bezirk, Sonnabend, 15. Oktober, 19½ Uhr, wichtige Zusammenkunft bei Julius Sachse, Lindower Straße (gegenüber Bahnhof Wedding). Keiner fehle! **Der Fraktionsvorstand.**

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2 Tr.

Prenzlauer Berg (Vortrupp): Freitag, 14. Oktober, Heimabend, Danziger Str. 62, Baracke 3. Republikaner des 4. Kreises, alle 12—18jährigen Jungen gehören in den Vortrupp, sofern sie nicht anderen republikanischen Organisationen angehören. — **Friedrichshain** (Kameradschaft Memel): Donnerstag, 13. Oktober, 20 Uhr, Kameradschaftsversammlung bei Neumann, Gubener Str. 45. — **Weißensee** (Jungba): Jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr Heimabend im Jugendheim, Viktoriastr. 24. — **Neukölln-Britz** (Jungba): Donnerstag, 13. Oktober, 20 Uhr, im Heim, Rudower Str. 31, Fortsetzung des Kursus: „Jeder Kamerad ein Führer." Erscheinen Pflicht. — **Wedding.** Ortsverein. Unser Kamerad Hermann Peters ist am 9. Oktober verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Einäscherung findet am Donnerstag, 15½ Uhr, im Krematorium Gerichtstraße, statt. Treffpunkt 15 Uhr Gerichtstr.

Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin. Montag, 17. Oktober, 20 Uhr, im Meistersaal, Köthener Str. 38, Vortrag mit Lichtbildern „Die Organisation der Landesplanung", Baudirektor Professor Dr.-Ing. Schumacher, Hamburg. Karten sind in der Geschäftsstelle des Vereins, Berlin W 8, Wilhelmstr. 92/93, zu haben.

Deutsche Landsmannschaft der Provinz Posen-Groß-Berlin E.V. Monatssitzung am Donnerstag, 13. Oktober 1932, abends 8½ Uhr, in der Kindlbrauerei, Berlin-Neukölln, Hermannstr. 214/219. Anschließend geselliges Beisammensein.

Polizei-Sport-Verein Berlin e. V., Abteilung Einheitskurzschrift. Regelmäßige Uebungsabende an allen Wochentagen außer Sonnabends von 19.30 bis 21.30 Uhr im Polizei-Schulgebäude, Hannoverschestr. 28/30. Anfänger-, Fortbildungs- und Redeschriftkurse. Auch für Zivile.

Deutscher Arbeiter-Abstinenten-Bund, Ortsgruppe Berlin. Bis auf weiteres tagen: Gruppe Prenzlauer Berg jeden Freitag, 20 Uhr, in den „Schönhauser Festsälen", Schönhauser Allee 129. — Gruppe Friedrichshain: jeden Montag, 20 Uhr, im Café „Comenius", Gubener Straße 48. — Gruppe Kreuzberg-Neukölln: jeden Freitag, 20 Uhr, in der alkoholfreien Gaststätte Stalizer Straße 6. Freunde und Gäste willkommen.